

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 18093. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — **Telephon 4596**

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorkauf 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. **Klame-Kolonelle 7.50 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721**
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggelächte und alle Postanstalten entgegen.

Simons kündigt neue Vorschläge an.

Berlin, 11. April. (Eigene Drahtmeldung der D. W.) Aus Paris wird gemeldet: Der Minister Simons hatte während seiner Durchreise in Bern eine Unterredung mit dem Berichtsersteller des Rates, Jules Sauerwein. Der Minister erklärte, daß er bestimmte Mitteilungen über das neue deutsche Angebot noch nicht machen könne. Er habe nicht verstanden, ein Eingreifen der Vereinigten Staaten zu erlangen. Es handele sich aber nicht nur um den Wiederaufbau der vertriebenen Gebiete, Frankreich wolle ohne Zweifel Geld haben. Geld aber könne Deutschland nur unter großen Schwierigkeiten beschaffen. Der Minister erklärte: Wie können das Problem nur durch eine Verständigung mit Frankreich lösen. In der Reparationsfrage ist Frankreich die beherrschende Macht, es leitet die Aktionen. Ich bin vollkommen davon überzeugt, daß keiner seiner Verbündeten es daran hindern wird, seine Geschäfte selbst in die Hand zu nehmen und immer schärfere Zwangsmaßnahmen anzunehmen. Wenn es uns niederzulegen will, kann es das tun. Ich habe niemals auf die Uneinigkeit unter den Alliierten gerechnet. Man muß mit Frankreich verhandeln, aber ich glaube nicht an die Methoden von Paris und London. Man muß neue Grundlagen suchen und neue Verhandlungen einleiten. In Brüssel war man auf einem guten Wege. Der Minister erklärte dann weiter, daß er sein Recht hatte, bei den Verhandlungen in London den in Paris vorgeschlagenen abänderungsfähigen Faktor anzunehmen und daß er weder einen anderen vorschlagen konnte noch anregen, die Sache einer Konferenz von Sachverständigen zu überweisen. Man hätte sonst geglaubt, daß er den Grundgedanken der abänderungsfähigen Annahmen selbst ablehne. Das sei nicht richtig, nach seiner Ansicht gäbe es eine Möglichkeit, in kurzer Zeit etwas Bestimmtes zu finden. Er sei in London weitergegangen, also es mit seinen Institutionen vereinbar war, weil er ein Mann sei, der viel mehr das Gefühl der deutschen Verpflichtungen habe als die meisten, die ihr Wirken hauptsächlich auf die innere Politik richten. Der Minister wies dann darauf hin, daß die Arbeitsbedingungen eine sehr wichtige psychologische Rolle bei der Zusammenfassung Deutschlands spielen. Genaueres könne er noch nicht sagen, bevor er mit dem Ministerium Rücksprache genommen habe, er erkläre aber, daß er nicht gewillt sei, in einer Regierung zu bleiben, die nicht ihre Pflicht bis zur Grenze der deutschen Leistungsfähigkeit erfüllen wolle. Deutschland werde in ein paar Tagen seinen guten Willen in unüberlegbarer Weise darlegen. Er sei überzeugt, daß das französische Volk es vorziehen werde, den guten Willen Deutschlands auf die Probe zu stellen, als durch den Druck der Waffen einen schon unbewussten Gegner, ohne daß jemand Nutzen daraus ziehen könnte, zugrunde zu richten.

Siegerwald preußischer Ministerpräsident.

Berlin, 9. April. In der heutigen Sitzung des Preussischen Landtages wurde der Hg. Siegerwald (Ztr.) mit 332 von 388 Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt. 23 Stimmgeläte waren unbeschrieben, die übrigen Stimmen waren zerstückelt. Die Wahl wurde von der Mehrheit mit Beifall aufgenommen. Ferner wurde in der endgültigen Wahl Präsident Deuvert wiedergewählt, der gleiche Hg. Dr. Pösch (Ztr.) zum ersten Vizepräsidenten, Dr. v. Reles (Dnkl.) zum zweiten Vizepräsidenten, Hg. Garnick (D. W.) zum dritten Vizepräsidenten.

Die Streikbewegung in England. Direkte Verhandlungen zwischen Bergarbeitern und Grubenbesitzern.

Berlin, 11. April. (Eigene Drahtmeldung der D. W.) Aus London kommen Nachrichten über eine Entspannung der Lage. In den Verhandlungen der Regierung mit den Parteien ist eine Lösung gefunden worden, um die streikenden Parteien zu Verhandlungen zu bewegen. Die Regierung beruft zu Montagvormittag 11 Uhr eine gemeinsame Konferenz mit den Vertretern der Grubenbesitzer und der Bergleute ein. In dieser Konferenz werden alle Streitfragen besprochen werden. Die Delegationen der Bergleute haben daraufhin bereits ihren sämtlichen Zweigvereinigungen Befehl erteilt, daß die Mitglieder nichts unternehmen dürfen, was die Sicherung der Bergwerke gefährde oder die Anwendung von Gewalt seitens der Arbeiterparteien hervorgerufen könnte.

Die Gegenaktion.

Militarisierung der Eisenbahnen.

Paris, 9. April. (Dn.) Die Londoner Telegramme der Pariser Blätter bestätigen, daß die Truppen sämtlicher englischen Garnisonen infolge der sehr schwierigen inneren Krise in der Bereitschaftstellung stehen und daß in den Kohlenreserven Nord-Englands das Standrecht verkündet worden sei. Die Truppenkommandanten machten durch Anschläge bekannt, daß Widerstand gegen die bewaffnete Macht, ferner Sabotage an Eisenbahnen und in den Bergwerksgruben mit dem Tode bestraft werden. Die Regierung hat auf die Ausgabe der Streikparole durch die Eisenbahner die Militarisierung der Hauptverbindungsstellen des Landes grundsätzlich verfügt. Nach der Daily Mail sind mehrere kommunistische Blätter in England wegen Aufregung zur Revolution beschlagnahmt und das Weitererscheinen für die Dauer der Streikbewegung verboten worden. Die Regierung hat neue außerordentliche Maßnahmen hinsichtlich der Einschränkung des Kohlen-, Licht- und Stromverbrauchs getroffen.

Blond George als Diktator.

London, 9. April. Die königliche Proklamation, die gestern abend im englischen Parlament verlesen wurde, macht Blond George zum Diktator mit fast unumschränkter Vollmacht. Nach

der Entschlieung des Arbeiterdreibundes wurden die drei Führer Thomas, Williams und Herbert Smith zum Generalkomitee der Arbeiter ernannt. Sie haben dauernde Konferenzen, um den Kampf der Arbeiter zu dirigieren. Wenn der englische Bergarbeiterstreik lange dauern sollte, so wird nach einer Meldung aus New York Amerika inständig sein, eine fast unbegrenzte Menge Steinkohle für industrielle Zwecke zu liefern. Der amerikanische Steinkohlevorrat beträgt mehr als die englische jährliche Ausfuhr, nämlich 75 Millionen Tonnen.

Die Mobilisierung des Bürgerlums.

London, 10. April. Während des ganzen gestrigen Tages strömten ununterbrochen Freiwillige durch London, die sich für alle Notstandsbedürfnisse während des Streiks zur Verfügung stellten. Es war ein Bild, das an die Aushebung während des Krieges erinnerte. Sämtliche eingehenden Berichte zeigen auch weiterhin eine Abneigung der Eisenbahner, den Streik zu unterbrechen. Besonders bemerkenswert ist, daß die Eisenbahner in dem für gewöhnlich sehr unruhigen Südwesten in nichts den Streik beendeten. Auch in Hull gehen unter den Eisenbahnern hinsichtlich des Streiks die Meinungen sehr stark auseinander. (Reuter.) London, 11. April. Infolge des Aufrufs der Regierung treten viele Freiwillige in den Dienst. Allein in London sind 23 Bataillone gebildet. Die Regierung beabsichtigt, eventuell sofort Männer an die Fronten zu senden, um die Bergwerke zu retten.

Die Regierung soll abtreten.

London, 9. April. Daily Herald veröffentlicht eine Erklärung Hodges', des Sekretärs des Bergarbeiterverbandes, an das Blatt, worin er erklärt, die Regierung sei von dem Wankhalse besetzt, die Arbeiter zu erdrücken. Die Arbeiter würden niemals durch einen Beschluß der Regierung, ihnen Bedingungen durch militärische Gewalt aufzuzwingen, erschreckt werden. Sie hätten nur um eine bedingungslose Konferenz gebittet. Statt dessen hätte man ihnen ein Ultimatum entgegengesetzt. Hodges' schließt: Die Regierung muß gehen. Es ist unsere Pflicht, sicherzustellen, daß sie geht.

Daily Herald schreibt unter der Überschrift: Der große Ruf, die Kapitalisten und ihre Regierungen hätten einen tödlichen Angriff auf die gesamte Arbeiterschaft ausgeführt. Sie hätten dem Lande den größten industriellen Konflikt aufzuzwingen. Die Hauptsache für die Arbeiter sei, fest zu stehen, sich ruhig zu verhalten und es abzuwarten, sich zu irgendwelchen unangenehmen oder ungewollten Handlungen zwingen zu lassen. Es ist zu erwarten, daß die größte Kraft der Arbeiterklasse. Das Blatt schließt seinen Ruf an die Arbeiter mit den Worten: Der Kampf geht um eure Organisationen, eure Traditionen, euer Heim, euer Land, eure Frauen und Kinder, und ihr werdet ihn ruhig kämpfen, friedvoll und mit reinen Händen.

Folgen des Streiks.

London, 11. April. (Dn.) Benruhigende Nachrichten kommen aus Northumberland und Durham, wo 229 Bergwerke stillstehen, und wo verheerendste Brände ausgebrochen sind. In Redington wurden die Gebäude der Bergwerksdirektion verbrannt. Verheerendste wurden Versuche unternommen, die Telegraphenlinien zu unterbrechen. Die Ausschreitungen werden wie gewöhnlich den Stimmstimmern zugeschrieben. Besonders Verluste drohen in Kohle, infolge Zurücknehmens der Freiwilligen, von denen bisher stündlich 200 000 Liter Kohle ausgepumpt wurden. Die Verantwortlichen der Bergwerke erklären, daß alle Bergwerke einen Sonnenuntergang unter Wasser sehen, wenn die Verfüllung nicht zurückgenommen würde. Die Folgen des Bergarbeiterstreiks machen sich besonders im Distrikt von Merthyr, wo alle Kohlen stillgelegt worden sind. In Merthyr sind verschiedene Werkstätten stillgelegt. In Lautlan wird der Schaden, der durch das Ersinken der Bergwerke entstanden ist, bereits auf 100 000 Pfund geschätzt. Es werden viele Wochen vergehen, ehe die Arbeit voll wieder aufgenommen werden kann.

Die Münchener Polizeiaktion gegen die Kommunisten.

München, 11. April. (Eigene Drahtmeldung der D. W.) Die in München und Umgebung von der Polizei vorgenommenen Massenverhaftungen von Kommunisten werden durch einen amtlichen Polizeibericht dadurch zu rechtfertigen versucht, daß die Verhafteten größere Mengen Sprengstoff in ihrer Wohnung gehabt hätten, und daß groß angelegte Pläne zur Lahmlegung des Eisenbahnverkehrs, zur Sprengung von Brücken während der mitteldeutschen Bewegung bestanden hätten. Mit den Sprengstoffbeständen nach dem Polizeibericht die Brücken in Augsburg, München und Koenigsburg in die Luft gesprengt werden. Der ganze Bericht ist eine Phantasie polizeilicher Behörden. In Wirklichkeit haben die Verhafteten, die zum größten Teil arbeitslos waren, sich Sprengstoff verschafft, um Wurzelstöcke zu sprengen, teilweise hatten sie zu diesen Sprengarbeiten Auftrag von einer Münchner Bräuererei. Die Wurzelstöcke konnten aber dann nicht gesprengt werden, weil sie in Jungholzanlagen standen. Es ist auch unter den Münchener Arbeitlosen ganz allgemein üblich, sich durch Sprengen von Wurzelstöcken ein kleines Einkommen zu verschaffen. Das ist der Münchener Polizeibericht genau so gut bekannt, wie jedem anderen. Aber sie braucht derartige Verschönerungspläne, daß Brückenverlegungen beschlagnahmt seien usw., um damit nach außen hin den Eindruck zu erwecken, als ob die bayerischen Kommunisten eine besondere große Gefahr seien, damit sie dadurch das Weiterbestehen der konterrevolutionären Einwohnerwehren rechtfertigen kann. Die ganze Polizeiaktion ist nichts anderes als ein großer bluff.

Die Stimme des Proletariats.

Während die kapitalistischen Regierungen Frankreichs, Englands und Deutschlands unentwegt ihre alte Politik der Drohungen und des Troges, die ganz Europa, Sieger wie Besiegte ins Verderben zu stürzen droht, fortsetzen, während Briand mit der starken Hand droht, die er auf das wehrlose Deutschland herniederlassen will und Simons, wie das französische Echo auf seinen Notwechsel mit Amerika beweist, es nicht versteht, die Atmosphäre des Mißtrauens, von der Deutschland seit Jahrzehnten umgeben ist, zu beseitigen, sind die Vertreter der revolutionären sozialistischen Arbeiterschaft Frankreichs, Englands und Deutschlands in Amsterdam zusammengetreten um das Werk des Wiederaufbaus und der Weltverbrüderung, zu dem sich die Regierungen dieser Länder unfähig gezeigt haben, in Angriff zu nehmen, wie es ihnen von der Wiener Konferenz der Internationalen Arbeitsgemeinschaft aufgetragen worden war. Und so haben in vierjähriger rastloser Arbeit den Weg gefunden, der ihnen von Wien vorgezeigt worden war, den Weg, der Europa aus dem unheiligen Kriegs- und Nachkriegs-Chaos herausführen soll. Sie konnten und mußten ihn finden, da sie nicht die gegenwärtigen kapitalistischen Interessen der beteiligten Länder zu wahren hatten, wie die Regierungen, die Beauftragten des Kapitals, da sie aber auch nicht egoistische nationalistische Interessen zu wahren hatten, wie die Vertreter der Zweiten, reformistischen Internationalen, sondern da aus ihnen die Stimme des internationalen sozialistischen Proletariats sprach, das die Wahrung seiner höchsten und heiligsten Interessen in der internationalen Solidarität, in der internationalen Zusammenarbeit und Verständigung erblickt.

Die Vertreter der Internationalen Arbeitsgemeinschaft haben zwar nicht in Zusammenarbeit mit dem internationalen Gewerkschaftsbund, wie es ursprünglich geplant war, aber doch in voller Übereinstimmung mit ihm, wie sie durch den gemeinsamen Ausgangspunkt und die gemeinsamen proletarischen Interessen verbürgt war, einen vollständigen, läckenlosen, bis ins einzelne gehenden Wiederaufbauplan entworfen, der die von den kapitalistischen Regierungen vergebens gesuchte Lösung der schwierigen Wiedergutmachungsfrage bedeutet, ohne aber die sofortige Umwälzung der gegenwärtigen kapitalistischen Struktur der Wirtschaft als notwendige Voraussetzung hinzustellen. Denn wenn wir uns wie die Kommunisten darauf beschränken wollten, die Unzulänglichkeit jedes Lösungsversuches auf kapitalistischer Grundlage aufzuzeigen, so würden wir den kapitalistischen Vertretern Vollmacht geben, die Lösung in einer Verleugnung Deutschlands durch die Entente und in einer Verschärfung der Verklauung des deutschen Proletariats durch die Bourgeoisie zu suchen. Gegen eine solche Lösung, die den Untergang nicht nur des deutschen Proletariats, sondern auch des Proletariats der Entente und weiterhin der ganzen Welt zur Folge haben müßte, mußte sich das ganze Proletariat international zur Wehr setzen und einen Plan auszuarbeiten versuchen, der zunächst die kapitalistische Grundlage nicht antastet und doch die gerechten Ansprüche sowohl der zerstörten Gebiete und der gesamten Wirtschaft Europas auf Wiederaufbau, wie auch die Ansprüche Deutschlands auf Erhaltung und Wiederaufbau seiner Wirtschaftskraft befriedigt.

Freilich ist die Methode, die nach dem Vorschlag der Internationalen Arbeitsgemeinschaft zur Lösung der Wiedergutmachungsfrage eingeschlagen werden soll, nicht auf kapitalistischen Grundfragen aufgebaut und muß in ihren letzten Konsequenzen zu einer Überwindung der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung führen. Aber der Kapitalismus ist ohnehin auch heute schon auf Schritt und Tritt genötigt, seine eigenen Prinzipien zu durchbrechen, sich selbst zu negieren, über sich hinauszuerschreiten und den Grundgedanken der freien Konkurrenz, der Anarchie der Wirtschaft zu erfassen durch eine gewisse, wenn auch bei sonstiger Aufrechterhaltung der kapitalistischen Wirtschaftsmethoden ganz unzulängliche Regelung der Wirtschaft — er wird früher oder später auch in dieser Frage kapitulieren und sich zu der vom internationalen Proletariat vorgeschlagenen Lösung bekennen müssen.

Das Kapitalistische und daher Verfehlte an den Vorschlägen der Entente und den Gegenvorschlägen Deutschlands war, daß sie sich mit der Festlegung einer bestimmten, ziffernmäßig ersichtbaren Entschädigungssumme begnügten, die Frankreich und Belgien in die Lage setzen sollte, ihre amerikanischen Schulden abzugahlen und die zerstörten Gebiete mit der kapitalistischen Methode der freien Konkurrenz wieder aufzubauen. Das über das kapitalistische Wirtschaftsprinzip hinausgehende an den Amsterdamer Vorschlägen ist, daß Deutschland nicht zur Zahlung einer Riesensumme verpflichtet werden soll, die aus den Arbeitserträgen des deutschen Proletariats in die Taschen der Kapitalisten der Entente fließen würde, sondern daß durch die wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit aller Völker, an der natürlich Deutschland den Hauptteil tragen müßte, alle Kriegsschäden (siehe

Mäßig und methodisch wieder gutgemacht werden sollen, so daß mit dem Ende der Wiederaufbauarbeit auch die gemeinsame wirtschaftliche und finanzielle Entspannung und die Wiedergutmachungspflicht Deutschlands ihr Ende finden würde.

Der Amsterdamer Vorschlag begnügt sich aber nicht mit der Aufstellung dieses Grundgesetzes, sondern er gibt auch einen ohne weiteres gangbaren Weg zu seiner Verwirklichung an. Er stellt einen Organisationsplan auf, dessen Grundgedanke auch in den Wiedergutmachungsvorschlägen des internationalen Gewerkschaftsbundes wiederkehrt: die Schaffung eines internationalen Wiedergutmachungsausschusses, das das Verwaltungsorgan des internationalen Wiederaufbauunternehmens sein soll, das die Schäden feststellt und unter Berücksichtigung der Produktionsmöglichkeiten und der Produktivkräfte der einzelnen Länder die Wiederaufbauarbeiten verteilt und organisiert. Unter Ausschaltung jeglicher kapitalistischer Gewinnperspektiven. Deutschland müßte an dieser Arbeit nach Kräften teilnehmen, und zwar muß es seine Kraft nach zwei Richtungen anspannen, wobei ihm die Gewähr gegeben ist, sie nicht überspannen zu müssen: es muß durch Sendung von Rohstoffen und Materialien und durch die direkte Teilnahme von Arbeitern und Technikern usw. unmittelbare Wiederaufbauarbeit leisten und es muß, soweit es dazu nicht imstande ist oder soweit es sich um Verpflichtungen handelt, die nur durch Geldleistungen abgegolten werden können, für den Zinsen- und Amortisationsdienst einer internationalen Anleihe auskommen, die zum Zwecke der Wiedergutmachung aufgelegt werden soll.

Diese internationale Anleihe ist der zweite Grundgedanke des Amsterdamer Vorschlags, der ebenfalls ohne weiteres durchführbar ist, da die gesamte Wirtschaftskraft Deutschlands eine genügende Garantie für die Sicherheit der Anleihe bietet, insbesondere dann, wenn gemäß dem Amsterdamer Vorschlag ein Teil des Ertrages der Anleihe zum Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft, zur Stillung ihres Rohstoff- und Warenhungers, zur Befehung ihrer reichen Kraftquellen verwendet wird.

Aber — und darin unterscheidet sich der Vorschlag der Internationalen Arbeitsgemeinschaft von allen bisherigen Lösungsversuchen, auch denen des Internationalen Gewerkschaftsbundes — die wichtigste Voraussetzung für die Zahlungsfähigkeit Deutschlands, die in ja auch nach dem Vorschlag der Internationalen Arbeitsgemeinschaft zweifellos die gewaltigsten Anforderungen gestellt werden, ist eine Verteilung der Wiedergutmachungslasten innerhalb der deutschen Bevölkerung, die die Aufrechterhaltung und Erhaltung seiner Wirtschaftskraft sichert. In dieser Frage haben die Sachverständigen der Alliierten einen verhängnisvollen Fehler begangen, indem sie in Beobachtung kapitalistischer Solidarität, die sich auch gegenüber den Feinden durchsetzt, der Behauptung der deutschen Sachverständigen, daß die direkte Besteuerung ihre Höchstgrenze erreicht habe, wogegen die indirekten Steuern noch ausbaufähig seien, kritiklos Glauben schenken und die deutsche Regierung zu ihrer kapitalistenfreundlichen, arbeitserkennenden Steuerpolitik aufmunterten. Aber Deutschland schauert sich sein eigenes Grab, wenn es die Kapitalisten Kleingewinne aus den Knochen des Proletariats herauszuwinde läßt und gleichzeitig die Arbeitskraft seines Proletariats und die Finanzkraft des Staates durch eine derartige Steuerpolitik untergräbt.

In dieser Erkenntnis fordert das internationale Proletariat daß die Wiedergutmachungen aus den Taschen der deutschen Kapitalisten und nicht der deutschen Arbeiterklasse aufgebracht werden müssen. Und auch dazu geben die Amsterdamer Vorschläge einen leicht gangbaren Weg an: es sollen durch internationales Zusammenwirken, durch die Schaffung eigener Gesetze in allen in Betracht kommenden Staaten die Bankdepots der deutschen Kapitalisten, die ihr Vermögen ins Ausland verschleppt haben, beschlagnahmt werden und aus diesen Depots und den in Amerika befindlichen deutschen Liquidationsmassen ein Teil des Anleihebedienstes bestritten werden, ein anderer Teil durch staatliche Zwangsabfertigung an den Gewinnen oder unmittelbar an den Unternehmungen der deutschen Kapitalisten.

Das internationale Proletariat hat gesprochen. Seine Sprache ist beherrscht und voll Mäßigkeit. Es verzichtet auf die Gemühtlichkeit der kapitalistischen Lösungsvorschläge, gewährt, es verzichtet auf selbstschätliche Anklagen und bittere Vorwürfe, die die gegenwärtige Situation ihm nahelegen müßte und auf die es ein heiliges Recht hätte. Es stellt seine Ansprüche auf eine vollständige Umwälzung der Gesellschaftsordnung auf juristisch und macht den Regierungen auch von ihrem Standpunkt aus vollkommen annehmbare und durchführbare Vorschläge, für die es seine Arbeitskraft einzusetzen bereit ist. Nun wird es an uns, an der Kampfbereitschaft, Energie und Entschlossenheit des Proletariats liegen, seiner Stimme Gehör zu verschaffen und die Regierungen der beteiligten Länder zu zwingen, diese Vorschläge zum besten ihrer Völker und des Proletariats anzunehmen. Für dieses Ziel muß jetzt in diesen kritischen Tagen knapp vor der Entscheidung die ganze Kraft des Proletariats eingesetzt werden.

Frankreich bereitet neue Zwangsmaßnahmen vor.

Paris, 9. April. (D.A.) Die französische Regierung hat ihre Gesandten und Geschäftsträger bei allen den Mächten, die den Friedensvertrag mit Deutschland unterzeichnet haben, angewiesen, festzustellen, inwieweit die einzelnen Staaten bereit sind, sich nach dem 1. Mai mit allen Kräften für die strikte Durchführung des Friedensvertrages von Versailles einzusetzen, inwieweit sie ferner bereit sind, eventuelle Zwangsmaßnahmen zur Erreichung der Erfüllung derjenigen Artikel, die bisher von der deutschen Regierung nicht erfüllt worden sind, zu veranlassen.

Es heißt ferner, daß dieser zunächst nicht offizielle Aktion in den nächsten Tagen eine offizielle französische Note an die einzelnen Regierungen folgen werde, die sich mit denselben Fragen beschäftigt. Man glaubt in Paris, daß u. a. auch die tschechoslowakische und die polnische Regierung sich bereit erklären werden, aktiv an solchen Zwangsmaßnahmen teilzunehmen.

Nach den Reden Briand's und Barthous und nach diesem neuesten Schritt Frankreichs wäre es an der Zeit, daß die deutsche Öffentlichkeit aufhöre, die Augen vor den furchtbaren Gefahren zu verschließen, die Deutschland am 1. Mai bedrohen, wenn sie dazu unsere Regierung sowie die hinter ihr stehenden Parteien und Presse nicht die Bahn zu neuen Verhandlungen auf neuer Grundlage frei gemacht haben.

Die erste Probe darüber, wie weit in Deutschland der Vordringungswille bereits erwacht ist, wird die Aufnahme sein, die der Vorschlag unseres Genossen Ledebour, die Parlementsdebatte bereits in dieser Woche zur Besprechung der Amsterdamer Vorschläge der Internationalen Arbeitsgemeinschaft zu eröffnen, finden wird. Es wird sich zeigen, ob die Regierung, den Mut und die Klugheit aufbringt, sich rückhaltlos auf den Boden dieser Vorschläge zu stellen, die allein geeignet sind, den Alliierten die ihnen gebührende Wiedergutmachung und Deutschland die Erhaltung seiner Existenz zu gewährleisten.

Das Rheinzollregime.

Paris, 9. April. Das veröffentlicht über das neue Zollregime eine Note, in der gesagt wird, die interalliierte Rheinlandkommission habe folgende Anordnungen getroffen: 1. Die an den alten Grenzen erhobenen Zölle sind dieselben wie die, die vor dem Inkrafttreten der von der Londoner Konferenz beschlossenen Sanktionen erhoben wurden. 2. Die bei der Einfuhr in das besetzte Gebiet an den neuen Grenzen erhobenen Zölle werden nach dem deutschen Tarif, der auf ein Viertel herabgesetzt wird, erhoben. 3. Die am Ausgang des besetzten Gebietes nach dem nicht besetzten Deutschland erhobenen Zölle werden nach dem deutschen Tarif festgelegt, aber in Papiermark, d. h. sie betragen ungefähr den zehnten Teil der Zollhebung in Goldmark. Die interalliierte Oberkommission der besetzten Rheinlande behält sich vor, an diesem an der alten und der neuen Grenze aufgestellten Zolltarif jedoch, wenn sie es für nützlich hält, Änderungen zu treffen. Das das Regime der Aus- und Einfuhr betrifft, so hat die Rheinische Oberkommission entschieden, daß die Einschränkungen der deutschen Gesetzgebung provisorisch an der alten Grenze aufrecht erhalten bleiben, daß sie aber auch gleichzeitig an der neuen Grenze angewandt werden. Das wirtschaftliche Komitee der Oberkommission in Koblenz wird beauftragt mit der Leitung des deutschen Ein- und Ausfuhrdienstes. Ein- und Ausfuhrerzeugnisse müssen auch fernerhin durch die rheinischen Ex- und Importeure an die Stelle gerichtet werden. Die Gerichte des Besatzungsheeres sind mit der Anwendung der erlassenen Strafmaßnahmen für Verstöße betraut. Die Strafklasse können sich bis zu fünf Jahren Gefängnis und 500 000 M. Geldstrafe erstrecken.

Unsere französischen Brüder über die Zollsanktionen.

Paris, 9. April. Léon Blum, Leiter der neuen Morgenzeitung Le Populaire, schreibt heute, die starke Hand bringe die sich in Gestalt eines neuen Zollregimes auf Deutschland. Die rheinische Industrie leide von deutschen Rohstoffen und in Deutschland leide sie ihre fabrikierten Produkte ab. Wenn man die Rohstoffe mit erhöhten Zöllen belege und auch die Produkte, die aus dem Rheinland angeliefert würden, dann werde die Einnahme vergrößert, aber die Rheinländer würden ruiniert. Sogar die französischen Handelsleute wiesen auf diese Gefahr hin. Wenn aber die Zölle unbedeutend seien, dann sei die Sanktion wirkungslos und die Einnahmen würden nicht einmal die Erhebungskosten decken.

Völkerverbundshomödie.

Paris, 10. April. Laut Meldungen der Chicago Tribune soll die deutsche Protestnote gegen die Zwangsmaßnahmen vom Völkerverbund im Juni beantwortet werden.

Der „Völkerverbund“ wird also drei Monate nach dem Inkrafttreten der Sanktionen über ihre völkerrechtliche Zulässigkeit zu entscheiden gerufen. Wozu er aber die unwürdige Komödie seines überflüssigen Daseins, die heute von niemandem mehr ernst genommen wird, noch fortführt, wird immer unverständlicher.

Vor neuen Kohlenverhandlungen.

Essen, 11. April. (Z.A.) Die Deutsche Bergwerks-Zeitung berichtet, daß über die Frage der Kohlenzwangslieferungen neue Verhandlungen eingeleitet werden sollen. Von Paris aus ist die Anregung ergangen, auf die Dauer von sechs Wochen ein neues Lieferungsprogramm festzusetzen. Die Deutsche Bergwerks-Zeitung weist darauf hin, daß der englische Bergarbeiterstreik für uns von sehr unglücklichem Einfluß ist, weil die Entente jetzt versuchen wird, neben der Quantitätsfrage auch noch die Qualitätsfrage zur Verhandlung zu bringen und diese letztere eventuell wieder in den Vordergrund zu stellen. Deshalb werden die Verhandlungen länger dauern und außerordentliche Schwierigkeiten verursachen.

Französische Wiederaufbauoffern.

Paris, 10. April. Am Dienstag wird die französische Kammer ihre Sitzungen wieder aufnehmen und u. a. in die Beratung des Sonderbudgets über die Zahlungen, die nach dem Friedensvertrage von Versailles Frankreich zu rückvergütet werden müssen, eintreten. Ueber dieses Budget hat Abgeordneter de La Fontaine einen Bericht erstattet, in dem er u. a. sagt, zu wiederholten Malen seien begründete Kritiken gegen das Personal der Reparationskommission und gegen gewisse übertriebene Gehälter laut geworden. Er habe vergebens den Versuch gemacht, das Budget der Reparationskommission zu erlangen. Zahlenmäßig stellt der Bericht fest, daß für den Wert der Reparationsarbeiten, die in den besetzten Gebieten, wenn man sie in den Vorkriegsstand bringen wollte, und nach ihrem Werte von 1914 berechnen, 26 Milliarden erforderlich seien. Je nachdem man den Entwertungskoeffizienten mit drei, vier oder fünf annehme, komme man also auf eine Summe, die zwischen 80 und 130 Milliarden schwänke.

Die Wirkungen der amerikanischen Mandatsnote.

Paris, 9. April. Eine auffällige Bemerkung in der Mandatsfrage machte im Senat Léon Bourgeois. Er sagte, der Völkerverbund habe auf Wunsch Amerikas die weiteren Beratungen über die Mandate eingestellt, jedoch würden dadurch die administrativen Maßnahmen Frankreichs in Togo und in Kamerun keinen Aufschub erleiden.

Paris, 9. April. Nach einer Washingtoner Meldung der Chicago Tribune erwartet man in gut unterrichteten Kreisen, daß die europäischen Verbündeten bald zu erkennen geben, daß sie gewillt sind, ihre Entscheidungen, die sie ohne die Vereinigten Staaten getroffen haben, einer erneuten Erwägung zu unterziehen. Das englisch-japanische Bündnis und die Geheimabkommen zwischen England, Frankreich und Japan würden als Hindernisse für die Verständigung angesehen. Staatssekretär Hughes aber habe nachdrücklich an die Loyalität Japans und der andern verbündeten Mächte appelliert.

Ein neuer sozialistischer Großbetrieb.

Unser Wiener Korrespondent schreibt: Der elementare Wille der Massen zum Sozialismus fand in den ersten Monaten der Revolution seinen Niederschlag in vier Gelenken, die der Vorbereitung der Sozialisierung dienen sollten. Das erste und entscheidendste Gelenk war das Betriebsrätegesetz vom 15. Mai 1919. Mit dem Betriebsrätegesetz wurden die sozialen Reimassen geschaffen, die den kapitalistischen Wirtschaftskörper zu zerlegen und als Träger der künftigen sozialistischen Wirtschaftsordnung zu wirken bestimmt sind. Das zweite sehr wichtige Gelenk schuf die Bedingungen für die Gründung gemeinwirtschaftlicher Unternehmungen, das dritte Gelenk handelte von der Enteignung, das vierte von der Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben. Es war von vornherein klar, daß das Maß der Anwendung der Gesetze von der Größe der Kraft der Arbeiterklasse, der Erfolge der Sozialisierungsaktion von den tatsächlichen Machtverhältnissen bestimmt werde. Noch während der Beratung der Gesetze und erst recht nachher, wandte sich die Gemüts-Ver-

hältnisse den bestehenden Klassen zu. Von dem vier Sozialisierungsgesetzen wurden nur die ersten zwei wirksam: das Gesetz über die Betriebsräte und das Gesetz über die gemeinwirtschaftlichen Anstalten. Das Gesetz über die Betriebsräte ist restlos durchgeföhrt. Ja, die Arbeiterklasse verstand es, sich ein größeres Maß von Rechten zu erringen, als ihr in diesem Gesetz zugesprochen sind.

Das Gesetz über die gemeinwirtschaftlichen Anstalten wurde zur Gründung von drei Unternehmungen angewendet. Vor mehr als einhalb Jahren wurde zunächst eine Leder- und Schuhfabrik begründet. Der Staat übergab dieser gemeinwirtschaftlichen Anstalt zwei große Schuhfabriken, die während des Krieges vom Militärärzter betrieben wurden, die Großtextilgesellschaft österreichischer Konsumvereine, als die Repräsentantin der Arbeiterschaft, und die Landwirtschaftliche Warenvertriebsstelle als die Vertreterin der bäuerlichen Konsumenten gaben das Kapital. Den Betrieb leitete eine Anstaltsverwaltung, die sich aus Bevollmächtigten des Staates, der Großtextilgesellschaft österreichischer Konsumvereine, der Landwirtschaftlichen Vertriebsstelle und des Betriebsrats der Arbeiter und Angestellten zusammensetzte und der auch der Gewinn der Anstalt zugewandt wird. Die sozialisierte Schuhfabrik ist das größte Unternehmen dieser Art in Oesterreich: sie erzeugt in stets steigendem Maße Schuhe zu den billigsten Preisen, die von den proletarischen und bäuerlichen Konsumgenossenschaften übernommen und unmittelbar ohne Zwischhandel den proletarischen und bäuerlichen Konsumenten ausföhrt werden.

Unmittelbar danach wurde eine Heilmittelstelle gegründet. Der Staat übergab die Einrichtungen und Vorräte der Militärmedikamenten-Eigenregie, der Krankenanstaltsfonds übergab die Medikamenten-Eigenregie der Wiener Krankenanstalten der Heilmittelstelle. Damit war der materielle Betriebsfonds der Heilmittelstelle geschaffen. Die Anstaltsverwaltung, die den sozialistischen Betrieb leitete, setzt sich aus Bevollmächtigten des Staates, des Krankenanstaltsfonds, der Krankenkassen und des Betriebsrats der Arbeiter und Angestellten der Anstalt zusammen. Die Anstalt besorgt zunächst den Heilmittelankauf für die Krankenhäuser und die Krankenkassen und schreibt dazu, auch die Kontrolle der Heilmittelfabriken im Lande zu erringen.

Von allergrößter Bedeutung ist jedoch die vor wenigen Wochen erfolgte Gründung der gemeinwirtschaftlichen Anstalt des Arzeneis. Das Arzenei ist der größte Komplex von Industrieanlagen Deutschösterreichs, in dem während des Krieges mehrere zehntausende Arbeiter mit der Erzeugung von Waffen und Arzneierzeugnissen beschäftigt waren. Im Arzenei hatte die Heeresverwaltung im Kriege ein Stahlwerk mit zwei Martinöfen, einen Elektroofen und ein großes Walzwerk errichtet und mit den modernsten Mitteln technisch vollkommen ausgestattet. Es besitzt eine große Schmiede, Eisengießereien, Metallgießereien, eine Maschinenfabrik, eine landwirtschaftliche Maschinenfabrik, eine feimechanische Werkstätte, eine Jagdwaffenfabrik, eine Wagnererei, eine Tischlerei, eine Lederwarenfabrik usw., die un schwer in organische Zusammenhänge gebracht, aber auch einzeln verwertet werden können. Erzeugt werden im Arzenei in der landwirtschaftlichen Maschinenfabrik vor allem Pflüge, Kultivatoren, Stiefenschmalzmaschinen, Säelmaschinen, in der Maschinenfabrik Werkzeugmaschinen, Fräher, Keilbahnen, Kreisjägen, Explosionsmotoren usw., in der Metallgießerei Wasserhähne, Armaturen, Sägen- und Mähdreschmaschinen u. dgl., die Lederwarenfabrik erzeugt Geschirre, Tischdecken, Transmissionsriemen, die Tischlerei arbeitet teils für die landwirtschaftliche Maschinenfabrik, ist aber bei allfälliger Kontinuität auch auf die Möbelerzeugung im großen eingerichtet. Die Wagnererei baut Karosserien, die feimechanische Werkstätte ist besonders leistungsfähig in geodätischen Instrumenten, macht aber auch Arznaparate u. a. Die Schmiede, soweit sie nicht für die eigenen Anlagen gebraucht wird, kann die schwersten Schmiedestücke für Schiffbau, Lokomotiv- und Waggonfabriken herstellen. Es sind ganz enorme Produktionsmöglichkeiten, die sich hier erschließen und die bisher zum größten Teil ungenutzt sind. Dazu kommen aber noch ungeheure Mengen von Altmaterial, die z. B. für den Betrieb des Stahlwerks auf Jahre genügen würden und in der schwierigsten Zeit des Übergangs zum Arzenei jedenfalls einen außerordentlichen Vorkurs vor der auf Materialankauf angewiesenen konkurrierenden Privatindustrie gewähren.

Diese gemeinwirtschaftliche Anstalt verfügt über ein Grundkapital von 550 Millionen Kronen, wovon der staatliche Anteil 450 Millionen Kronen beträgt; die restlichen 100 Millionen werden durch die Ausgabe von Obligationen aufgebracht. Das Unternehmen wird von einer Anstaltsverwaltung geleitet, die aus 17 Mitarbeitern besteht. Die Gewerkschaft der Metallarbeiter, der Holzarbeiter und der Industriearbeiter entsenden je einen der Betriebsräte der Arbeiter und Angestellten hier und der Staat fünf Vertreter in diese Anstaltsverwaltung. Zwei Sitze besetzt die Geschäftsleitung und drei Mandate werden von der Verkaufsorganisation bekleidet. So wirken alle Interessensverbände an der Betriebsführung und der weiteren Gestaltung des Betriebes mit. Die Sozialisierung des Arzeneis gewinnt vor allem dadurch so große Bedeutung, weil sie in einem Zeitpunkt erfolgt ist, der der unmittelbaren Aktion der Arbeiterklasse nicht günstig ist. Sie ist ein lebendiges Beispiel dafür, daß die Arbeiterklasse auch in Zeiten weitestgehender Stagnation dauernde Erfolge erringen kann, wenn sie ihre Kraft auf unmittelbare verwirklichte Ziele konzentriert.

Um die Einberufung des Reichstags.

Die Forderung der Unabhängigen Sozialdemokraten. Das schon gemeldete Schreiben des Genossen Ledebour an den Reichspräsidenten des Reichstages hat folgenden Wortlaut:

„Im Namen des Fraktionsvorstandes der USPD, richte ich hiermit an Sie das ergebene Ersuchen, den Reichstag sobald wie möglich zusammenzuberaufen.“

Der Reichsterrat hatte zwar vor der Vertagung den 20. April für den Wiederzusammentritt des Reichstages in Aussicht genommen, aber mit dem Hinweis, daß der Gang der Ereignisse eine frühere Wiederaufnahme unserer Arbeiten erforderlich machen könnte.

Zwei Gründe nötigen uns: Ansicht nach zur sofortigen Zusammenberufung des Reichstages.

Die Bildung außerordentlicher Gerichte auf Grund einer Verordnung des Reichspräsidenten bedarf schleunigster Abklärung. Unsere Fraktion hat bereits einen Antrag auf Aufhebung dieser Verordnung gestellt. Zur Erledigung dieses Antrages müßte der Reichstag baldmöglichst zusammentreten.

Außerdem läßt auch die bedrohliche Wendung, die die Verhandlungen der deutschen Regierungen mit den Entente-Regierungen wegen der Londoner Forderungen genommen haben, das Eingreifen des Reichstages dringend geboten erscheinen.

Unsere Partei erwacht noch eine besondere Verpflichtung zur Behandlung dieser Fragen im Reichstag aus. Wir müssen, die wir auf einer Konferenz in Amsterdam mit den Vertretern vordemokratischer sozialistischer Parteien, Engländern und Franzosen, gefahrt haben. Unsere Vorschläge zur Begleichung der Differenzen zwischen Deutschland und den Westländern werden morgen publiziert werden. Wir wünschen sie baldmöglichst dem Reichstag zu unterbreiten.“

Die sinnlose Oberkassien-Politik der Regierung.

Die neue Note, die die deutsche Regierung über die oberkassienische Frage an die Entente gerichtet hat, beweist wieder einmal, wie noch immer in Auswärtigen Ämtern, in welcher Frage es immer sein mag, die Hohlköpfe von Protestpolitikern jede vernünftige Regung unterdrücken, jede Verhandlungsmöglichkeit vereiteln können. Obwohl die Kreise Nihilist und Reich eine einwandfreie übertragende polnische Mehrheit haben, versucht das

Widerwärtige Amt in der Note, diese klare Tatsache zu verweihen
In der Note soll deshalb der Beweis angetreten werden, daß die Kreise Kohle und Blei in innigem Zusammenhange mit dem ober-schlesischen Industriegebiet stehen und deshalb von diesem nicht abtrennt werden können. Diese Behauptung ist eben so falsch wie lächerlich. Sie ist falsch, denn Blei und Kohle sind rein landwirtschaftliche Kreise. In Blei werden ganze 7 Prozent der ober-schlesischen Kohlenproduktion gefördert, eine Menge, die die ober-schlesische Industrie jederzeit entbehren und durch andere ersetzen kann. Auch die Kohlen Kohle ist zwar wichtig für die Industrie, aber keineswegs unentbehrlich. Aber die Behauptung ist auch inhaltlich gefahrlich, wenn man die Kreise Kohle und Blei zum Industriegebiet hinzurechnet, so hat dieses Industriegebiet eine einwandfreie polnische Mehrheit, während es ohne die Kreise Kohle und Blei eine ebenso einwandfreie deutsche Mehrheit hat. Die Argumentation der deutschen Note ist also so geschickt, daß sie mit ihren unberechtigten Forderungen lediglich den Polen neue Argumente liefert. Welch ein Geschrei von Landesverrat würde sich erheben, wenn solche politischen Entgleisungen von linken Oppositionsparteien gesehelt würden.

Entscheidung über Oberschlesien durch den Obersten Rat?

Paris, 11. April. (T.M.) Es ist möglich, daß die Vorkonferenz sich weigern wird, die Verantwortung für die vorläufige Entscheidung über Oberschlesien zu übernehmen. Der Verfall der Verträge verlangt, daß diese Entscheidung von den Mächten gefaßt werden muß. Wenn man sich also wörtlich an den Vertrag hält, so wird die endgültige Grenzfestsetzung in Oberschlesien vom Obersten Rat gefaßt werden müssen, der sich am den 1. Mai versammelt wird, um sofort Beschlüsse zu fassen über die neue Welterteilung der Deutschen, ihren Verpflichtungen in der Wiedergutmachung nachzukommen.

Deutschland erschwert die Ausfuhr nach Polen. Ein polnischer Protest.

DA, Warschau, 3. April. Die polnische Regierung hat sich an den Obersten Rat mit einer Beschwerde gewandt, in der sie Protest gegen die von der deutschen Regierung über Polen verhängte Ausfuhrsperrung erhebt. Die polnische Regierung weist darauf hin, daß das Verhalten der deutschen Regierung die Ausfuhr von Maschinen und für die polnische Industrie notwendigen Artikel verhindert, gegen den Artikel 288 des Friedensvertrages verstößt. Dieser Artikel sichert allen Mächten die gleiche Behandlung in den Ausfuhrfragen an.

Weber den Wahnsinn des Verhaltens der deutschen Regierung, in einer Zeit, in der die Steigerung des Exportes eine Lebensnotwendigkeit für das deutsche Wirtschaftsleben ist, aus politischen Gründen die Ausfuhr zu erschweren, ist weiter kein Wort zu verlieren. Selbst wenn Kreise der deutschen Industriellen haben sich veranlaßt gefühlt — da sie ihr materielles Interesse bedroht sehen —, gegen diese Wahnsinnspolitik zu protestieren.

Deutsch-polnische Wirtschaftsverhandlungen

Die deutsche Regierung versucht, in einem Memorandum nachzuweisen, daß die über Polen verhängte Ausfuhrsperrung lediglich auf Neutralitätsverordnungen zurückzuführen sei. Mit allseitig verständlichen Versuchen, die Ausfuhrsperrung zu beseitigen, während sie im gleichen Augenblick die Defensivität hinter Herum wissen läßt, daß durch diese Ausfuhrsperrung ein wirtschaftlicher und deshalb politischer Druck auf Polen ausgeübt werden soll. Es ist höchste Zeit, daß diese Schikanepolitik endlich aufhört und daß man von beiden Seiten mit dem ernsthaften Willen zur Verständigung sich an den Verhandlungstisch setzt. Da in der nächsten Zeit solche wirtschaftliche Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen bevorstehen, so muß mit allem Nachdruck von der deutschen Regierung gefordert werden, daß sie ihre sinnlose Handelspolitik, die am meisten die eigene Wirtschaft schädigt, aufhebt. Dann wird man mit um so größerem Nachdruck auch von der polnischen Regierung die Berücksichtigung der deutschen Interessen verlangen können.

„Ein Verhängnis für die Revolution“.

Die Note Fahne berichtet mit ganzen 10 Zeilen über eine wichtige Konferenz der WPD-Funktionäre. Danach hat der Referent Friesland über die neueste Aktion weiter nichts gesagt, als daß sie notwendig gewesen sei. Korreferent war Paul Wehl, der ebenfalls, jetzt ausgeschiffte Parteivorstände. Ganze fünf Zeilen sind diesem Referat gewidmet. Sie lauten:

„Er lehnte die Aktion als ein schweres Verhängnis, nicht nur für die Partei, sondern auch für die Revolution ab. Die Partei habe durch diese Aktion das Grundgesetz des Marxismus, daß es keine besonders von den Gesamtinteressen getrennten Prinzipien des Kommunismus gebe, verletzt.“

Wie die Note Fahne schreibt, konnte die Debatte infolge der klärischen Auseinandersetzungen nicht zu Ende geführt werden. Das ist begreiflich. Wie die Freiheit bemerkt, ist auch der so außergewöhnlich magere Bericht der roten Fahne noch feister. Es herrschte in der Versammlung eine sehr erregte Stimmung gegen die Kreise um Friesland, Rütz, Fischer und die rote Fahne und deshalb mußte die Versammlung vertagt werden.

Die Ausnahmegerichte gegen die Arbeiter in Tübingen.

Halle, 9. April. Das hiesige Sondergericht verurteilte heute die Arbeiter Richard Koch und Karl Kaiser aus Teutschenthal, die beschuldigt waren, sich bewaffneten Haufen angeschlossen und sich gegen das Sprengstoffgesetz vergriffen zu haben, wegen Landfriedensbruchs zu einer Gefängnisstrafe von je 2 Jahren 6 Monate Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust. Drei weitere Angeklagte wurden wegen „Anschlusses an eine bewaffnete Bande“ zu 10, 7 und 3 Monaten Gefängnis verurteilt. — Der als Mörder des gestrigen um Tode verurteilten Arbeiters Paul Jakob seinerzeit in Haft genommene Arbeiter Stanislaus Harig hat sich heute im Untersuchungsgefängnis erhängt. Der 24jährige Selbstmörder war geständig, das Eisenbahnmaterial bei Gröbers am 22. März, durch das der Leipziger D-Zug zum Entgleisen gebracht wurde, in Gemeinschaft mit seinem Schwager Jakob begangen zu haben.

Sagen, 9. April. Die Sagenzeitung meldet: Vor dem hiesigen außerordentlichen Gericht zur Aburteilung der beim Kommunismus im hiesigen Gerichtsbezirk verübten Verbrechen und Vergehen wurde gestern in öffentlicher Verhandlung

das Urteil über 9 Angeklagte gefällt. Das Gericht erkannte bei zwei Angeklagten auf 4 Jahre Zuchthaus, bei einem Angeklagten auf 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus, gegen einen weiteren auf 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus, gegen die übrigen Angeklagten auf 2 Jahre Gefängnis.

Der große und der kleine Feind.

Die Deutsche Tageszeitung beschäftigt sich in ihrer Morgenausgabe vom 7. April mit der revolutionären Bewegung in England. Bei dieser Gelegenheit entwirft sie einige Welsheiten, die so typisch für das politische Tölpeltum sind, das in den Köpfen der deutschen Nationalen Politik spukt, daß sie nicht allzu schnell der Vergessenheit anheimfallen dürfen. Die Deutsche Tageszeitung urteilt: „Es kann auch zweifelhaft erscheinen, ob ein schwerer innere Krise Englands uns unter allen Umständen und in jeder Beziehung vorteilhaft wäre. Gewiß ist England unser Feind, aber Frankreich ist es augenblicklich noch mehr und die Schwächung Englands macht den französischen Europa mordenden Einfluss noch unheilvoller und stärker.“ — Ein treffliches politisches Rezept. Man nummeriert sämtliche Staaten der Welt danach, ob sie große oder kleine Feinde sind. Dann muß man nur noch dafür sorgen, daß es immer den größten am schlechtesten geht, um am Ende der Reihe dann schließlich Deutschland, Deutschland über alles! Singen zu können. Es ist aber immerhin interessant, daß nach diesen Äußerungen offenbar die Deutsche Tageszeitung mit großer Freude einen Generalkrieg der französischen Arbeiter begrüßen würde, um damit zu beweisen, daß sie eben feierlich politische Prinzipien, sondern einzig und allein Konjunkturlösungen kennt.

Sie wollen es nicht wieder machen.

Aus Wald bei Solingen wird berichtet: Während der kommunistischen Unruhen hatten junge Burden einen britischen Offizier, der einen ihrer Genossen festnahm, angegriffen und beschimpft. Deshalb mußte sich im Stadtratssaal die ganze Stadtverwaltung und das Stadtorchestersoratorium versammeln, während vor dem Rathaus eine Abteilung britischer Militärkassette aufnahm, und ein Vertreter der hohen alliierten Kommission im Sitzungssaal erschien. Der kommunistische erste Beigeordnete Schmelzer sprach sein Bedauern aus über den Vorfall, bat um Entschuldigung und versprach, dafür zu sorgen, daß sich der Vorgang nicht wiederholen werde.

Sie wollen es also nicht wieder tun. Wenn die Kommunisten ihr Versprechen halten wollen, werden sie wohl zu ihrer nächsten Aktion die Genehmigung der hohen interalliierten Kommission einholen müssen, denn sonst werden sie es wohl kaum verhindern können, daß gelegentlich im Gedränge auch einmal ein Entente-Offizier auf die Hüftaugen getreten wird.

Die Verbannung der Habsburger.

J. b. Wien, 9. April. Die Sozialdemokraten haben dem Nationalrat ein Gesetz vorgelegt, das die Bestimmungen über die Verbannung der Habsburger verschärft. Nach dem Gesetz vom 3. April 1919 sind Mitglieder des Hauses Habsburg aus dem Bereich der Republik verwiesen. Das neue Gesetz der Sozialdemokraten stellt nun eine Verletzung des Landesverwehrgesetzes unter Straffunktion. Danach macht sich ein Angehöriger des Hauses Habsburg-Verbrechens des Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe schuldig, der sich unbefugt auf dem Gebiete der Republik Österreich aufhält und ist auf schwere Kerker von einem bis zu fünf Jahren zu erkennen. Wer sich in irgendeiner Form an diesem Verbrechen mitteilhaftig macht, indem er eine Anklage unterläßt oder deren Belangnahme zu hindern oder zu erschweren sucht, oder dem Verbrecher auf was immer für eine Zeit streichelnde Hand bietet, ist zu schweren Kerker von sechs Monaten bis zu einem Jahr zu erkennen. Das Hauptgewicht des Gesetzes ist natürlich auf den zweiten Absatz zu legen, der die Mitteilhaftigen an diesem Verbrechen verfolgt. Über das Gesetz ist zweifellos die angemessene Form, dem Anflug der Habsburgerreisen zu steuern.

Die Schweizer wollen Karl los sein.

Bern, 8. April. Der Bundesrat hat den ehemaligen Kaiser Karl wollen lassen, es wäre wünschenswert, daß er seinen Wohnsitz außerhalb der Schweiz nähme. Der Aufenthalt in der Schweiz ist daher nur vorübergehend.

Paris, 9. April. (T.M.) Dem Ratin wird aus Luzern telegraphiert, daß die Bundesregierung sehr strenge Bestimmungen über den Aufenthalt des Kaisers Karl beschlossen hat. Er darf den Aufenthaltsort, den er wählen wird, nicht verlassen, ohne die Absicht 48 Stunden vorher der Bundesregierung angezeigt zu haben. Karl hat sich jeder politischen Tätigkeit zu enthalten.

Bern, 9. April. Wie die Schweizerische Depeschagentur aus Luzern meldet, steht der ehemalige Kaiser Karl bereits in Unterhandlungen wegen seiner Aufnahme in einen andern Staat.

Madrid, 11. April. (T.M.) Eine Mitteilung des Ministeriums des Auswärtigen an die Blätter bemerkt die Nachricht, daß die spanische Regierung dem Kaiser Karl Handlungsfreiheit in Spanien angeboten habe.

Zur ungarischen Regierungskrise.

Wien, 8. April. Der ungarische Reichsverwesler hat das Rücktrittsgesuch der gesamten Regierung nicht angenommen. Vorläufig steht nur der Rücktritt des Ministers des Innern Dr. Brach fest. Es macht auch heute durchaus nicht den Eindruck, als ob die augenblickliche Krise zu einer Veränderung des Systems führen sollte; sie wird, wenn überhaupt kaum mehr als einen Wechsel der Personen bringen. Die Partei der kleinen Landwirte wird Zuwachs durch den Anschluß des Vereins der erwachsenen Ungarn erhalten, der seinen bisherigen Präsidenten Semerejans ausgeschiedigt hat und damit wohl das Abtreten von den Führern des Offizierskorps betonen wollte.

Friedrich Adler über die politische Lage.

Wie die Wiener Arbeiterzeitung meldet, erstattete Friedrich Adler in der Mittwoch-Sitzung des Wiener Arbeiterparlamentes Bericht über die politische Lage. Die Haltung der Exekutive des Reichsarbeiterparlamentes während der Vorgänge der letzten Woche habe sich als richtig erwiesen. Das Abenteuer des Habsburgers bekräftige die alte Lehre, daß verfehlte Offensiven den Gegner stärken. Das Abenteuer habe die Arbeiterklasse in eine viel günstigere Situation gesetzt, als vor zehn Tagen. Umgekehrt erzeuge die Offensive der Kommunisten in Mitteleuropa eine Schwächung der Arbeiterklasse. Das Bedeute nicht, daß Offensiven überhaupt ausgeschlossen seien, aber man müsse die Bedingungen ihres Gelingens prüfen.

Im Laufe der letzten Jahre habe es keinen Augenblick gegeben, wo die Sozialdemokraten der Regierungskoalition fernere geltend hätten als jetzt. Der Reichsarbeiterparlament nahm einen Antrag Adlers an, wonach die Tätigkeit der Exekutive gelegentlich des Abenteurers Karls gestillt würde. Ein kommunistischer Antrag, wonach die Arbeiter in großen und mittleren Betrieben bewaffnet und zu Selbstschutzverbänden organisiert werden sollten wurde abgelehnt.

Griechen und Türken.

London, 9. April. Die Kritik von 30 Tagen, die die Londoner Konferenz den Griechen und Türken für ihre Antwort auf die Vorschläge der Alliierten zugeordnet hat, ist abgelaufen. In der politischen Lage ist keine Veränderung eingetreten; sie wird im

Augenblick vollkommen durch die militärischen Operationen beherrscht. Die Verhandlungen mit der Türkei über den Austausch der Kriegsgefangenen nehmen ihren Fortgang. In London liegt keine Bestätigung der Nachricht aus Rom vor, wonach Italien seine Vermittlung angeboten habe.

Paris, 9. April. Eine Havasmeldung aus Kizza bezeichnet die Gerüchte über eine Abreise Benizelos nach Griechenland als unbegründet. Benizelos habe sich in privaten Angelegenheiten drei Tage in Paris aufgehalten. Er habe keine offiziellen Persönlichkeiten empfangen und werde sich durchaus nicht mit Politik befassen.

Der Rückzug der Griechen.

Welt Journal veröffentlicht ein Telegramm aus Konstantinopel, wonach die Griechen die Halbinsel Zonid geräumt haben sollen. Das kemalistische Heer soll den Vormarsch wieder aufgenommen haben. Das erste Ziel des Vormarsches sei Smyrna. — Griechische Regierungsdokumente geben zur Erklärung der griechischen Niederlage zu verstehen, daß der türkischen Armee die Operationen erleichtert worden waren durch den Abschluß eines Waffenstillstandes zwischen Frankreich und der Regierung von Ankara. Diese Annahme wird von der Agence Havas als ganz unbegründet bezeichnet. — Reuter meldet aus Maila, daß mehrere britische Arceaschiffe Befehl erhalten hätten, sich nach Konstantinopel zu begeben.

Japan zur amerikanischen Yap-Mole.

London, 8. April. Nach einer Exchangemeldung aus Washington veröffentlicht die dortige japanische Botschaft eine Erklärung, in der es heißt, die Yap-Frage sei nicht eine Frage zwischen den Vereinigten Staaten und Japan, sondern werde von allen alliierten und assoziierten Mächten bestimmt. Die Note des amerikanischen Staatssekretärs sei an die britische Regierung gerichtet, so daß die japanische Regierung nicht in der Lage sei, ihre Ansicht über die Note unabhängig auszusprechen zu können.

Nationalitätenkrieg in Neu-Italien.

Selbentaten der Faschisten.
Rom, 9. April. (T.M.) Die italienische Revolte in der Umgebung von Pola hat großen Umfang angenommen. Marinegruppen wurden verwendet, die den Aufstand niederwarfen. Die Aeronauten haben mit Gas und Raketen ihre Dörfer verlassen, die nach den Kämpfen von den Faschisten in Brand gesteckt und dem Erdboden gleich gemacht wurden. Die Brände waren von Expeditionen begleitet. Die Behörden befürchteten, daß die Bewegung auch nach Triest übergreifen wird, wo umfassende Schutzmaßnahmen getroffen wurden.

Neue Unruhen in Italien. In Padua wurde bei neuen Unruhen zwischen Sozialisten und Nationalisten ein Mann getötet und verschiedene Personen verwundet. In Reggio del Emilia, wo die Kommunisten einen Faschisten töten, haben die Faschisten das Volkshaus verbrannt und die Gebäude des sozialistischen Blattes in Brand gesetzt.

Deutschland.

Eine bestialische Mordtat.

Den Vorwärts wird aus Essen berichtet: Der selbsterhüllte tätige sozialdemokratische Parteisekretär Tinsler ist bei den Unruhen auf der linken Rheinseite von Kommunisten in bestialischer Weise zu Tode gemariert worden. Wie aus Duisburg gemeldet wird, wurde Tinsler bei dem Sturm auf die Jüdische Rheinpreußen von Buschfellen gewalttätig aus dem Hause geholt. Als man ihn vor die Tür brachte, bildete das Gesicht nur noch eine unförmige Masse. Draußen wurde er erneut mißhandelt, zu Boden geworfen und mit Füßen getreten. Eine Frau zerstückerte ihm mit einer abgerissenen Latte den Schädel. Kein Mensch wagte, gegen die Bestien in Menschengestalt einzuschreiten. Nach als man ihn schon tot glaubte, stellten sich noch einige Burden auf den Dallegenden und bearbeiteten sein Gesicht mit den Händen.

Dr. Siebe, demokratischer Präsidentschaftskandidat

Staatspräsident Dr. v. Siebe wird von demokratischer Seite als Kandidat bei der Wahl des Reichspräsidenten aufgestellt werden.

Tod der ehemaligen Kaiserin. Wie WTB. meldet, ist die frühere deutsche Kaiserin heute morgen gestorben.

Bon Ah und Fern.

Einbruch in das Museum in Weimar.
Weimar, 11. April. In der Nacht zum Sonntag wurde das hohe Museum von Einbrechern heimgesucht. Den Dieben ist eine Reihe wertvoller Gemälde in die Hände gefallen. Der entstandene Schaden wird auf einige Millionen Mark geschätzt. Die Diebe sind unerkannt entkommen. Sie waren an einem Mitarbeiter des Museums emporgeklommen, hatten ein Fenster des oberen Stockwerkes geöffnet und waren so in die Innenräume des Museums gelangt. Die Bilder haben sie vorsichtig aus den Rahmen gelöst.

Moor- und Feldbrand in Oldenburg.
Oldenburg, 11. April. Ein großer Moor- und Feldbrand entstand am Sonnabend nachmittags im Moor von Lunau, der erst Sonntagabend im wesentlichen gelöscht werden konnte. Spielende Kinder sollen das Feuer verurteilt haben.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Friedrich Fleißner in Leipzig.
Verantwortlich für den Inseratenteil:
Friedrich Wille, Vorort-Verlag.
Druck u. Verlag Leipzig Verlags- und Druckerei-Unternehmen Leipzig

Sparen ohne Einschränkungen

ist keine Kunst, wenn Sie Continental-Absätze tragen. Durch ihre große Haltbarkeit — Leder überragend — verringern Sie Ihre Ausgaben. Sie haben dabei elastisch weichen Gang und erhöhte Geheleistung. Verlangen Sie von Ihrem Schuhmacher

Continental Absätze

So gut wie Continental-Reifen.

Diese Nummer umloht 8 Seiten.

Mündliche Bekanntmachungen.

Tauscha, Hundesteuer. Die Grundstücks-Besitzer über oder ihre Vertreter haben die ihnen zugehenden Mieten bis zum 16. April 1921 an unsere Stadtkasseneinnahme ausgefüllt zurückzugeben.
Die Steuer für die am 10. April gehaltenen Hunde ist bis zum 30. April 1921 an unsere Stadtkasseneinnahme - Zimmer 2 - zu entrichten.
Die Hundesteuer beträgt jährlich 40 Mark. Werden in einer Haushaltung mehrere Hunde gehalten, so beträgt die Steuer für jeden weiteren Hund 60 Mark.
Für die nachbezeichneten und in Tauscha gehaltenen Hunde ist eine jährliche Steuer nach folgenden Sätzen zu zahlen:
a) Für Zughunde, sowie für Hunde, die zum Brotgewerbe benutzt werden, beträgt die jährliche Steuer 10 Mark.
b) Für Hunde, die der Führung oder Bewachung blinder oder tauber Personen dienen, beträgt die jährliche Steuer 3 Mark.
Tauscha, den 7. April 1921. Der Stadtrat.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Leipzig.

Freitag, den 29. April, abends 7 Uhr im Gesellschaftssaal des Volkshauses Delegierten-General-Versammlung.

Tagesordnung: Geschäfts-, Kassen- und Revisionsbericht. - Bericht über den Arbeitsnachweis. - Anstellung eines Agitationsleiters. - Anträge von Mitgliedern.
Die Ausweisliste wird den Delegierten rechtzeitig zugehellt. Mitgliedsbuch mitzubringen.
Die Ortsverwaltung.

Funktionäre und Betriebsräte.

Berufung am Mittwoch, den 13. April, abends 7 Uhr, im Pantheon, Dresdner Str.
Tagesordnung: Bericht der Erwerbslosen-Kontrollkommission über ihre Tätigkeit. - Die Arbeitslosenfrage im allgemeinen und der Arbeitsnachweis.
Die Ortsverwaltung.

Groß- und Einzelhandel.

Donnerstag, den 14. April, abends 7 Uhr. Wichtige Versammlung im Pantheon, Dresdner Straße. Tagesordnung: Bericht über die kassierten Tarif-Verhandlungen. - Wahl der General-Versammlungs-Vertreter. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet. Verbandsblätter sind am Eingang vorzulegen.
Die Sektionsleitung.

Kartoffelland

bedingt u. gewollt, fertig a. Ausl. Rittergut Schönfeld.

Kleintierzüchter! Futtermittel

Beste gesunde trockene Rübenschnitzel für Fiegen, Schweine und Kaninchen frisch eingetrocknet, 75 Pf. Reinhold Plagge, Papstkolonie b. Schleißh. Wallerturmstraße 16.

Ortsverein Alt-Leipzig

Dienstag, den 12. April, abends 7/8 Uhr im „Volkshaus“, Zeilher Straße 32

Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag: Der Weg zur Macht. Referent: Genosse Ernst Frenzel.
2. Bericht des Vorstandes und der Revisoren. 3. Neuwahl des Vorstandes und der Revisoren. 4. Verschiedenes. Zutritt gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches. Die Wichtigkeit der Versammlung erfordert zahlreichem Besuch.
Der Vorstand.

Ortsverein L.-Ost

(U. S. P. D.)

Mittwoch, den 13. April, abends 7/8 Uhr

General-Versammlung

in Käßlers Festsaal.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorsitzenden und Kassiers.
2. Berichte der Bibliotheks-, Agitations- und Zeitungs-Kommission.
3. Neuwahl des Gesamtvorstandes sowie aller Kommissionen.
4. Parteilagenangelegenheiten.

Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand.

Welt-Theater

Barfußgasse, Am Markt Fernruf 4870.

Erstaufführung! Ab heute Montag: Erstaufführung!

Kain der Brudermörder

20 Akte eine ergreifende große Schicksalstragedie in 4 Teilen voll dauernder Spannung u. steigender Sensationen mit 20 Akte

Erich Kaiser-Titz
Nur Montag und Dienstag

I. Teil: Kain, der Brudermörder
II. Teil: „Goldrausch“

Reinh. Schünzel, Hugo Fink u. o.
Nur Mittwoch und Donnerstag:

III. Teil: „Opfernde Liebe“
IV. Teil: Das Tor d. Glückseligkeit

Dazu: „Die Liebe mit Hindernissen“
ein ganz tolles Lustspiel.
Einfach ab 7/8 Uhr stündig!

Dazu: „Die Pechnelke“
ein sehr schönes Lustspiel.
2 1/2 Stunden-Programm!

Ende der 1. Vorstellung um 8 Uhr - Beginn der 2. Vorstellung 8 1/4 - Ende nach 9 1/2 Uhr.



Martranzstädt.
Mieterverein.
Dienstag, 12. April, 7-8 Uhr
Mitglieder-Versammlung
im Saale der Guten Quelle.
Der Vorstand.

Billiger Kakao

deutsche Ware
à Pfd. 13⁹⁰ M
H. Müller Taubchenweg 6 u. Markt 150.

Chemische Düngemittel
f. Garten u. Feld empfehlen
Günther, Hellmann & Co.
E.-Platz, Lauchhader Str. 53
Telephon 40453.
Verkaufsstelle Ditten: Ecke
Torgauer u. Volksgartenstr.



Viehweger & Carl
Riebockstraße
Spezial-Geschäft für Nähmaschinen und Fahrräder.

Rüden
Futter 1.80
Reis 2.40
Stroh 1.50
Mais 1.80
Knochenmehl 1.40
Wassermehl 2.-
Geflügelmehl 2.80
Brotmehl 2.80
Preise bei 10 Pfd. im Str. bill.
Feist, Adelsstraße 12
Straßenbahn 1 u. 8.

Reparaturen an Ihren leb. Mit nur strenger Arbeit Ausführung u. unt. Garant. bei

Gustav Kaniss
Hilberbach, Tauchaer Str. 6.

Ein alter Bekannter

Persil

das selbsttätige
Waschmittel

Preis Mk. 4⁰⁰ das Paket
Alleinige Fabrikanten: Henkel & Cie., Düsseldorf.



Raucher dank!
Das sicherste Mittel, das Rauchen ganz od. teilweise einzustellen. Wirkung vorübergehend. Ausf. ungenötigt.
Vors. San. Artk. Gg. Englbrecht
München R 16, Kapuzinerstr. 9



Deutscher Textilarbeiterverband, Filiale Leipzig

Telephon 7769, Gerberstraße 1, III, Zimmer 31.
Büreauzeit: Montag bis Freitag, 7/8-1 Uhr vormittags, nachmittags von 4-7 Uhr und Sonnabends von 7/8-1 Uhr.

Mittwoch, den 13. April, abends 7 Uhr, im Volkshaus (großer Saal) Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Lichtbilder-Vortrag von der Konsumgenossenschaft L.-Plagwitz.
2. Kassenbericht vom 1. Quartal.
3. Wahl der Delegierten zur Gaukonferenz, Stellungnahme und Nominierung der Kandidaten zur Generalversammlung.
4. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch und Volkshausauskunft ist zur Kontrolle mitzubringen und am Eingange vorzulegen.

Das Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen ist erwünscht. Die Ortsverwaltung.

WIDDU

TERPENTINOEL-CREME
WILHELM SCHÖN
CHEMISCHE FABRIK
WERDAU i. SACHSEN

Vertreter: Max Strauss, Inh.: Reinh. Böttcher, L.-Connewitz, Brandstr. 23

Telephonisch
können Inserate nur in ganz außergewöhnlich dringenden Fällen angenommen werden. Für die richtige Wiedergabe telephonisch aufgegebenen Inserate leisten wir keine Garantie.
Telephon d. Leipz. Volkshaus

Landwirtschaftliche, Garten-, Gemüse- und Blumenzucht
nur Qualitätsware, empfiehlt
Arthur Sarkowski, Samen-Handlung
Leipzig, Veterinärweg 10. Fernsprecher 6860
Gegründet 1908

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 11. April.

Parteiangelegenheiten.

USPD-Gemeindevorsteher der Orte Paunsdorf, Bahren...

Dehsh-Gauhsch. Dienstag, 12. April, abends 1/8 Uhr...

Möckern. Mittwoch, den 13. April, abends 1/8 Uhr...

Dehsh. Mittwoch, 1/8 Uhr abends, Fortsetzung des Kurses...

Die städtischen Volksschulen zu Leipzig in den Schuljahren 1918/19 bis 1919/20.

Unterricht und Schulleistung.

Die Berichtsperiode stand selbstverständlich unter dem starken Eindruck der Kriegswirkungen...

Im Winter 1918/19 suchte man alle städtischen Schulgebäude zu heizen...

Am Winter 1919/20 konnte nur der vierte Teil der vorhandenen Klassenzimmer besetzt werden...

Die Normalzahl der Unterrichtsstunden sank auf 1200 herab...

Zu all dem kam noch der Mangel an Lehrkräften hinzu...

Berechnend für die Leipziger Lehrerschaft ist es aber auch, daß sie während des Generalkriegs im Februar 1919 nicht neutral blieb...

Die Leipziger Lehrerschaft ist es aber auch, daß sie während des Generalkriegs im Februar 1919 nicht neutral blieb...

Die Leipziger Lehrerschaft ist es aber auch, daß sie während des Generalkriegs im Februar 1919 nicht neutral blieb...

Die Leipziger Lehrerschaft ist es aber auch, daß sie während des Generalkriegs im Februar 1919 nicht neutral blieb...

Die Leipziger Lehrerschaft ist es aber auch, daß sie während des Generalkriegs im Februar 1919 nicht neutral blieb...

Die Leipziger Lehrerschaft ist es aber auch, daß sie während des Generalkriegs im Februar 1919 nicht neutral blieb...

Die Leipziger Lehrerschaft ist es aber auch, daß sie während des Generalkriegs im Februar 1919 nicht neutral blieb...

mittelfreiheit gefordert werden. Sofort sind aber auch die Genossen...

Das Ende unserer Jugend und der Tiefstand unseres Schulwesens...

Unter zahlreichen Rubriken behandelt der Bericht noch eine große Fülle...

Am Winter 1918/19 suchte man alle städtischen Schulgebäude zu heizen...

Am Winter 1919/20 konnte nur der vierte Teil der vorhandenen Klassenzimmer besetzt werden...

Die Normalzahl der Unterrichtsstunden sank auf 1200 herab...

Zu all dem kam noch der Mangel an Lehrkräften hinzu...

Berechnend für die Leipziger Lehrerschaft ist es aber auch, daß sie während des Generalkriegs im Februar 1919 nicht neutral blieb...

Die Leipziger Lehrerschaft ist es aber auch, daß sie während des Generalkriegs im Februar 1919 nicht neutral blieb...

Die Leipziger Lehrerschaft ist es aber auch, daß sie während des Generalkriegs im Februar 1919 nicht neutral blieb...

Die Leipziger Lehrerschaft ist es aber auch, daß sie während des Generalkriegs im Februar 1919 nicht neutral blieb...

Die Leipziger Lehrerschaft ist es aber auch, daß sie während des Generalkriegs im Februar 1919 nicht neutral blieb...

Die Leipziger Lehrerschaft ist es aber auch, daß sie während des Generalkriegs im Februar 1919 nicht neutral blieb...

Die Leipziger Lehrerschaft ist es aber auch, daß sie während des Generalkriegs im Februar 1919 nicht neutral blieb...

einaana beherrschte, während zwei andre Maschinengewehre in dem Gebäude...

Arbeiter, Genossen! Die gegenrevolutionären Provokateure in der Tauchaer Straße...

Wir wiederholen, was wir bereits am Freitag geschrieben haben: In der kommunistischen Behauptung...

Bechlüsse des Mietleistungsamtes sind endgültig. In weiten Kreisen der Mieter und Vermieter herrscht noch Unklarheit...

Nach § 7 der Mietordnung vom 23. September 1918 sind die Entscheidungen des Mietleistungsamtes ungeschickbar...

In dem zur Entscheidung stehenden Falle hatte das Mietleistungsamtsamt...

Der Rat und die Arbeitslosen. Unter den Arbeitslosen wird von den Kommunisten...

Eine öffentliche Sitzung der Stadtverordneten findet am Mittwoch, dem 13. April, abends 6 Uhr...

Elternratsversammlungen. 13. Volksschule, Montag, den 11. April, 7 Uhr...

Verlust einer armen Witwe. Am Sonnabend, nachmittags gegen 5 Uhr...

Wie die Kommunisten lügen!

Der Rote Kurier ist wieder da! Er ist in Berlin gedruckt, aber sonst ist er der alte geblieben...

Nach dem Kommunistenprotokoll im Roten Kurier hat Dittmann gesagt: 'Wir wollen, daß die kämpfende USPD...

Nach dem Flugblatt der Kommunisten hat Dittmann gesagt: 'Wir wollen, daß die kämpfende USPD...

Wiesleicht rechnen die Kommunisten damit, daß die Abonnenten des Roten Kuriers nicht lesen können...

Die Nummer des Roten Kurier ist auch noch in anderer Beziehung interessant...

Am Redaktionsgebäude der L. B. war wie uns ganz positiv mitgeteilt wurde...

23. Volksschule, Mittwoch, den 13. April, 1/8 Uhr: 1. Bericht des Elternrates...

24. Volksschule, Dienstag, 12. April, 7 Uhr im Gosenhölzchen zu Leipzig...

52. Volksschule, Mittwoch, 13. April, 7 Uhr, Turnhalle: 1. Die schulärztlichen Untersuchungen...

44. Volksschule, Dienstag, 12. April, 1/8 Uhr, Schulsaal: 1. Bericht des Elternrates...

15. Volksschule, Dienstag, 12. April, 1/8 Uhr, Schulsaal: 1. Jahresbericht des Elternrates...

nunagschein, Lebensmittelkarten und Rechnungen befinden. Eine Frau hat erklärt, die Tasche habe ein kleiner Junge aufgehoben. Der Kinder wird gebeten, die Tasche mit Inhalt beim Hausmann No. 4, Königsplatz Nr. 4, abzugeben.

Kein pünktlicher Lebenshluß in Leipzig. Vom Zentralverband der Angestellten ist dem Gewerbeamt eine Zuschrift zu gelangen, in der er mitteilt, er habe seit längerer Zeit die Beobachtung gemacht, daß ein großer Teil der Lebensmittelgeschäfte sich nicht nach den örtlichen Bestimmungen, die Geschäfte um 7 Uhr abends zu schließen, richtet. Der Zentralverband hat festgestellt, daß bis 8 Uhr mitunter die kleinen Lebensmittelgeschäfte offenhalten. Die Auswirkung eines solchen Gebarens hat sich bereits darin gezeigt, daß größere Firmen, welche Angestellte beschäftigen, ebenfalls versuchen, die Geschäfte später zu schließen und die Angestellten dadurch länger beschäftigt zu halten. Als Grund wird mit Recht angegeben, daß die Arbeiter, welche keine Angestellte beschäftigen, sich auch nicht nach den örtlichen Bestimmungen richten und die größeren Geschäfte dadurch geschädigt werden. Da der Zentralverband der Angestellten es im Interesse der Angestellten für dringend erforderlich hält, daß diese Zustände beseitigt werden, ersucht er das Gewerbeamt, dafür Sorge zu tragen, daß dieser Mißstand verschwindet. Außerdem ersucht er, die Wohlfahrtskommission anzuweisen, daß die in Frage kommenden Beamten darauf achten, daß der gesetzliche Lebenshluß pünktlich eingehalten wird.

Vorkauf auf den Kriegshinterbliebenen. Das Reichsarbeitsministerium hat den amtlichen Kriegserfahrungen angelehnt der Tatsache, daß bei den versorgungsberechtigten Kriegshinterbliebenen die endgültige Festlegung ihrer Rentenbezüge gemäß den Vorschriften des Reichsversorgungsgesetzes aus technischen Gründen nur nach und nach erfolgen kann, die Ermäßigung erweist, bei nachgewiesener Bedürftigkeit Vorkäufe auf die später nach feststehenden Renten zu gewähren. In Leipzig, das bekanntlich einen außerordentlich hohen Prozentsatz an Kriegsestebliebenen stellt und demzufolge auch eine verhältnismäßig hohe Zahl Kriegshinterbliebener aufzuweisen hat, mußten bis zum 31. März dieses Jahres annähernd 5 Millionen Mark solcher Vorkäufe gewährt werden. Anträge bei der Vorkaufabteilung sind nicht berücksichtigter Kriegshinterbliebener sind beim Ortsamt für Kriegserfahrungen, Nonnenmühlstraße 8, zu stellen; sie können jedoch nur berücksichtigt werden, wenn Bedürftigkeit vorliegt, und werden in diesem Monat vom 25. an entgegengenommen. Mitzubringen sind Rentenschein, Stammbuch und Familienstammbuch.

Verkaufsgüter wurden von der Wohlfahrtskommission im Monat März u. a. an Schiefhanbels- und Schieferwaren: 241 Kilo Mehl, 133 Kilo Getreide, 2582 Stück Semmeln, 57 Kilo Butter, 20 Stück Brot, 15 Kilo Kunstseide, 25 Pakete mit Kaffee- und 200 Kilo Hahnenfuß, 32 Liter Spirituosen, 333 Kilo Nitrofin 11 Stück Flugzeugmotoren, 47 Zentner Brillen, sowie in Teil chirurgischer Instrumente. Die Waren sind, soweit zugänglich, den zuständigen Stellen zur allgemeinen Verwertung zugewiesen worden.

Allgemeines Arbeiterbildungsinstitut. Zu dem am Mittwoch dem 13. April, abends 8 Uhr stattfindenden Tanzabend Vera Waldheim im zugunsten des Deutschen Künstlerbundes sind Vorzugskarten zum Preise von 5 Mk. in der Geschäftsstelle des Sekretariats, Braustraße 17, zu haben.

Vollzeitsnachrichten.

Russische Kriegsgefangene.

Wit Rücksicht auf die bevorstehende Beendigung der Heimbesetzung der russischen Kriegsgefangenen und die große Erwerbslosigkeit in allen Berufsgruppen sind vom Landesamt für Arbeitsvermittlung mit Wirkung vom 1. April 1921 sämtliche Genehmigungen zur Beschäftigung russischer Kriegsgefangener im Freistaat Sachsen aufgehoben worden. Wie sich nach im Freistaat Sachsen aufhaltenden russischen Kriegsgefangenen haben sich zum 15. April 1921 im Kriegsgefangenenlager Chemnitz einzufinden, auch die als freie Arbeiter entlassenen oder eingezogenen ehemaligen russischen Kriegsgefangenen. Die Entlassungen und sonstigen Ausreisepapiere sind ihnen vom Arbeitgeber abzunehmen und dem Gefangenenlager Chemnitz zur Nachprüfung einzuliefern. Hierüber ist den Gefangenen eine Bescheinigung nach beigefügtem Muster auszuhandigen. Die Arbeitgeber dürfen nach dem 15. April 1921 russische Kriegsgefangene nicht mehr beschäftigen oder befehlen. Sie sind verpflichtet, die Gefangenen auf diese Bestimmungen ausdrücklich hinzuweisen. Soweit die russischen Kriegsgefangenen dauernd oder auf längere Zeit in Deutschland bleiben und auf freie Heimkehr verzichten wollen, können sie bis zum 15. April 1921 schriftlich im Gefangenenlager Chemnitz zu Protokoll erklären. Nach diesem Tage ist die Abgabe der Erklärung nicht mehr möglich. Die Gefangenen, die bis zum 15. April 1921 nicht im Lager eingetroffen sind, werden durch die Polizeibehörden festgenommen und dem Lager zugeführt. Im übrigen werden die Wünsche um Weiterbeschäftigung an der bisherigen Arbeitsstätte vom Landesamt für Arbeitsvermittlung geprüft werden. Es wird jedoch darauf hingewiesen, daß im allgemeinen eine Genehmigung für den Freistaat Sachsen nicht mehr erteilt werden wird. Das Landesamt für Arbeitsvermittlung wird mit Hilfe der bestehenden öffentlichen Arbeitsnachweise dafür Sorge zu tragen, daß den Arbeitgebern nach Möglichkeit geeignete einheimische Kräfte an Stelle der Gefangenen zugewiesen werden.

Einer aus Buenos Aires.

Aus dem Jüdischen des Schalem-Aleichem von A. Suhl
Aus „Aufzeichnungen eines Geschäftsreisenden“.

Nachdruck verboten.

Unsere Bekanntschaft begann — nun, wie beginnt eine Bekanntschaft auf der Eisenbahn — mit irgendeiner Kleinigkeit: Wissen Sie nicht, wie diese Station heißt? oder: Wie spät ist es doch? oder: Hätten Sie wohl ein Streichhölzchen? Schnell, sehr schnell wurden wir gut Freunde, ganz als wären wir schon vorher weiß wie lange bekannt. Auf der ersten Station, wo wir einige Minuten hielten, nahm er mich schon unter den Arm, führte mich direkt ans Buffet, und ohne mich zu fragen, ob ich trinke oder nicht, ließ er zwei Gläser Cognac einschenken. Gleich danach winkle er mir zu, ich möchte mich an die Gabel machen, und als wir mit den verschiedenen Sorten von Geflügel und Imbissen, die an jedem Buffet zu finden sind, fertig geworden waren, ließ er zwei Maß Bier einschenken, stellte sich eine Zigarre an und mir eine — und unsere Freundschaft war geschlossen.

Ich muß Ihnen offen sagen, ohne jede Schmeichelei — wendet sich mein neuer Bekannter, wieder im Wagen, zu mir — Sie gefallen mir — Sie mögen glauben oder nicht — von der ersten Minute an, wo ich Sie erblickte. Kaum daß ich Sie angesehen hatte, sagte ich zu mir: Da, das ist ein Mensch, mit dem man ein Wort reden kann. Es ist mir zumut, wissen Sie, wie eingehend ich mich mit Ihnen auseinandersetzen möchte. Ich liebe es, mit einem lebendigen Menschen zu sprechen, und deswegen eben habe ich ein Buffet 3. Klasse gewählt, damit ich Gelegenheit habe, mit jemandem zu reden. Sonst hätte ich gerade 2. Klasse. Und erster, glauben Sie, das kann ich mir nicht leisten? Erster kann ich mir auch leisten. Sie meinen vielleicht, daß ich vor Ihnen groß tue? Da sehen Sie.

Und mit den Worten zieht mein Mann aus der hintersten Hofentasche einen Beutel, gepackt voll von Geld, öffnet ihn, palst mir die Hand von oben darauf, wie auf ein weiches Kissen, und steckt den Beutel wieder ein.

Geschweden Sie nicht, es gibt noch mehr. Ich betrachte den merkwürdigen Menschen und lann absolut nicht erraten, wie alt er ist. Wierig wäre nicht unecht, und einige waren auch nicht unecht. Das Gesicht glatt und

Durch einen Radfahrer schwer verkehrt! Zeugen gesucht! In der Wilhelmstraße in Leipzig-Gutputz ist am 3. d. M., nachmittags gegen 1/2 4 Uhr, ein siebenjähriges Mädchen durch einen unbekannten Radfahrer umgefahren worden und hat dabei einen Bruch des rechten Unterschenkels erlitten. Der Radfahrer soll etwa 20 Jahre alt, ungefähr 1,75 Meter groß und mit einem graugrünen Sommeranzug bekleidet gewesen sein. Er ist, wie ein Augenzeuge gesehen haben will, aus der Rathschstraße rechts in die Wilhelmstraße eingebogen und, ohne sich um die Verletzte zu kümmern, davon gefahren. Angaben zur Ermittlung des rücksichtslosen Radfahrers erbittet schnellstens die Kriminalabteilung.

Wermut wird seit dem 3. d. Mts. mittags die in L. Mödern, Laubstraße 19, wohnhaft gewesene 24jährige Schneiderin Theresia Sedlaczek. Sie ist mit ihrem Bräutigam zu der angegebenen Zeit nach dem Hauptbahnhof gegangen, um zu verreisen, ist aber dort plötzlich verschwunden und bis heute nicht in ihre Wohnung zurückgekehrt, so daß befürchtet wird, daß sie sich ein Verbrechen angetan hat. Die Vermählte hat blondes Haar, bräunliche Augen, rundes, gelblichrotes Gesicht und vorstehende Unterlippe; der rechte Arm vom Ellenbogen bis zum Handgelenk ist bläulich als der linke. Bekleidet war sie zuletzt mit blauem, weißgestreiftem Kleid mit schwarzen Einlagen, schwarzem, halblangem Jackett mit welchem Kragen, schwarzem Sporthut mit bunigefärbtem Eden, schwarzen hohen Schnürschuhen mit Stoffeinsatz, weißer T. S. gezeichnete Unterwäsche, sowie einem schwarz und weiß gestreiften Unterrock. In Schmutzfaden trug sie ein goldenes Halsketten mit Anhänger, einen goldenen Ring mit rotem Stein, einen silbernen mit blauem Stein, sowie einen Verlobungsring. Sachdienliche Mitteilungen werden an die Kriminalabteilung oder die nächste Wache erbeten.

Zum verurteilten schweren Stillschleichenverbrechen in der Harthl Ermittlung und Festnahme des Täters! Wie an dieser Stelle berichtet worden ist, hatte ein unbekannter Mann am 1. Osterfesttag, abends gegen 1/2 8 Uhr, in der Harthl verurteilt, ein junges Mädchen, das in Begleitung seines Bräutigams auf dem Wege nach dem Bahnhof Gahstow begriffen war, zu verewaltigen. Er hatte allerdings kein Vorhaben infolge des heftigen Widerstandes der Ueberfallenen nicht erreicht und war außerdem vom Bräutigam des Mädchens durch einen Messerstich verkehrt worden. Infolge der dankenswerten Mitarbeit sämtlicher Tageszeitungen ist es nun gelungen, den Täter auf Grund einer bei der Kriminalabteilung eingegangenen Verdachtsanzeige in der Person eines in L. Reinsdorf wohnenden 37jährigen Fabrikarbeiters zu ermitteln und festzunehmen. Der Festgenommene, der vor h. e. r. a. t. e. t. und Vater eines Kindes ist, hat ein unfaßliches Geständnis abgelegt und zu seiner Entschuldigang angegeben, krankheitsveranlagt zu sein. Er wurde der Staatsanwaltschaft ausgeliefert.

Lebensmittellieferer für Dienstag, den 12. April.

Für Haushaltungen.

Ausgabe. Briefs an Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene bei der Firma Georg Wernet in der Miedstraße der Firma Wab & Co., L. Blagowik, Jahnstraße, Ede. Citta. eib-Allee. Gutschneide Nr. 1701—1800 von 8—12 Uhr vorm., Nr. 1801—1800 von 1—4 Uhr nachm.

Freiweise für Kriegsbeschädigte auf rote und grüne Bezugskarten im Ortsamt für Kriegserfahrungen, Nonnenmühlstraße 8, I., Zimmer 38, vorm. 8—1 Uhr: Buchstaben S, St, Sch. Bildungswort für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene auf die vom Ortsamt für Kriegserfahrungen ausgestellten Bezugskarten: Buchstaben Q-R, 9—3 Uhr, auf dem Schloßhof gegenüber vom Schauspiel II, rechts 1. Tr. (Kilo 7.80 Mk.).

Aus der Umgebung.

Bezirksverband Grimma.

Verteilung von amerikanischem Weizenmehl. In der Zeit vom 13. bis 18. April d. J. werden auf Abschnitt 1. Mal von dem 11. April bis 8. Mai d. J. geltenden Brotkarte 350 Gramm amerikanisches Weizenmehl zum Preise von 2.45 Mk. ausgegeben.

A. Pusch. Aus dem Gemeinderat. Von einem Schreiben der Amtshauptmannschaft über Aufstellung eines Nachtrags zur Kirchensteuerordnung wird Kenntnis genommen. Die Aufstellung des Nachtrags wird gegen 4 bürgerliche Stimmen abgelehnt. — Bei der Neuwahl der Gemeindevorstände und ihrer Erbkammern werden die alten Wähler wieder gewählt. An Stelle des Herrn Albert Steinbrück, welcher wegen Alters zurücktritt, wird Herr Bruno Thieme gewählt. Dem Gesandte des Ortsausschusses für Gemeindepflege um Erhöhung der Tagesgelder für die Gemeindevorstände von 5 auf 8 Mk. wird entsprochen. Der von der Gemeinde zu tragende Teil beträgt nunmehr 2455 Mk. — Die Amtshauptmannschaft protestiert in einem längeren Schreiben gegen den in der Presse erhobenen Vorwurf der Hinziehung der Einwohnersteuer. — In einem Schreiben stellt der Rat die bürgerliche Einwohnersteuer in Aussicht. Hierbei wurde der Wunsch laut, bei eventueller nochmaliger Ausparade mit dem Rate, die Fortführung der Straße im Zuge der Hindenburgbrücke anzuschneiden. — Mit dem Gartenverein Vorwärts wurde die Vertragsdauer mit fünfjähriger Kündigungsfrist auf 25 Jahre festgesetzt, vorausgesetzt, daß der Rat zustimmt. Zur Einrückung des Areals wurde dem Verein ein Darlehen von 10000 Mk. zu 4 Prozent

bewilligt. — Die Hundsteuer wird auf 80 Mk. für den ersten, 120 Mk. für den zweiten und 200 Mk. für den dritten Hund erhöht. Für Wachhunde auf 50 Mk. — Aus dem Bericht des Bücherausschusses geht hervor, daß seit der Eröffnung der Bibliothek im Oktober 1920 an 815 Leher in 52 Ausgabenlagen 4007 Bände ausgeliehen wurden. Die erfreuliche Beteiligung zeigt die Notwendigkeit der Errichtung einer Bibliothek am Dre. Nachdem der Rat mit 5000 Mk. im Bietjahr und 1000 Bänden dem Unternehmen beigetreten ist, steht die Bibliothek auch den Leipziger Einwohnern der westlichen Vororte zur Verfügung. Die Zahl der Bände beträgt nunmehr 3200. Beschlossen wurde die Anstellung einer jugendlichen Hilfskraft. — Das in einer Uebertretungsverammlung von kommunistischer Seite verbreitete Gerücht, der unabhängige Gemeindevorstand Hilbert wäre gegen die Beihilfen an Erwerbslose gewesen, erklärt der Gemeindevorstand als unwahr. — Die durch freiwillige Spenden aufgebrachte Osterbeihilfe beträgt 200 Mk. für Verheiratete und 100 Mk. für Ledige. — Den Gemeindevorstand werden die drei Streikstage bezahlt. — Gegen die Annahme der Sipolente, die ohne jede Verständigung des Gemeindevorstandes am hiesigen Dre Schenkhausdienst tun und gegen das Verschleppen hiesiger Einwohner durch die Sipolente der Gemeinderat energisch. Die bürgerlichen Gemeindevorstände schließen sich davon aus.

Denkmal. Die Einmalungsarbeiten für das Arbeiterbildungsinstitut zur Erlangung von Anrechnungen liegen nur noch wenige Tage beim Genossen Alfred Helmer, Hauptstraße 2, I. links, aus. Wir erlauben die Genossen, sich zahlreich einzufinden zu lassen.

Maerkeberg. Am Sonnabend nachmittags brach in der Schmelze des Schmelzmeisters Bernhard Gold Feuer aus, das mit rasender Schnelligkeit um sich griff. Das Feuer fand reichlich Nahrung in den leicht brennbaren Vorzügen, die auf dem über der Schmelze befindlichen Boden lagerten. Im Nu stand der Dachstuhl in Flammen. Die angrenzenden Wohnhäuser und Werkstätten waren in größter Gefahr, da der zur Zeit des Brandes herrschende Sturm die emporfliegenden Flammen weit hinwehrt. Nur durch das schnelle Eingreifen der freiwilligen Feuerwehr konnte das Feuer auf seinen Herd beschränkt und nach zweifelhafter Tätigkeit gelöscht werden. Die Entstehungsurache des Feuers dürfte auf Ueberheizen eines Ofens zurückzuführen sein. Der entstandene Schaden ist sehr beträchtlich.

rg. Bänichen. Aus dem Gemeinderat. Zunächst nimmt der Gemeinderat Kenntnis von der erfolgten Warenzulassung, sowie dem Stande der Kohlenversorgung. Der Gemeinderat ist damit einverstanden, daß Kohlen im Landablass bezogen werden. Der Preis für ein Zentner Grobkohle wird auf 17 Mk. festgelegt. Nachtrag 12 zur Gemeindehaushaltsordnung — Steuerlage bei der Zuwachssteuer sowie Zuschläge hierzu — soll in der eingereichten Form und Fassung anderweit einereicht werden. Die Beschlässe des Bauausschusses wegen Erbauung von sechs Asempwohnungen durch die Gemeinde werden zum Gemeindevorstand beschickt. Mit der Bauleitung wird der Architekt Max Schönfeld-Weinig beauftragt. Im laufenden Jahre sollen wieder 15 erholungsbedürftige Schulkinder in Erholungsheimen untergebracht werden. Die vom Straßen- und Wasserbauamt beantragte Erhöhung der Straßenbaukosten wird erneut abgelehnt. Der Erhöhung der Rechtslöcher für den Bezirkskohlenverein wird nunmehr zugestimmt. Wegen Beleuchtung der Leppenhäuser, von Dunkelheit bis zum Türschluß, sollen besondere ortspolizeiliche Vorschriften erlassen werden. Die Wahl des Karl Wäther als Erwerbsloserrat hier wird bestätigt. Nach entvorfendeter Erläuterung durch den Vorsitzenden beschließt der Gemeinderat einstimmig, die geleistete Vormundschaft für hiesige Gemeinde einzuführen. Als Berufsvormund wird Gemeindevorstand Kästner gewählt. Aus der Mitte des Gemeinderats wird der Antrag gestellt, den Wohnungsausschuss zu beauftragen, die hiesigen vorhandenen Wohnungen daraufhin nachzuprüfen, ob dieselben alle voll benutzt sind, um anderweit benötigte Wohnräume zu schaffen. Dilem Ausblich werden noch zwei bauaufsichtliche Mißstände beseitigt und zwar die Herren Peter und Feilich. In nichtöffentlicher Sitzung erfolgen verschiedene Mitteilungen, unter anderem daß die Gemeinde Stameln dem zu gründenden Sparfassenverband Bänichen-Lübchena als Mitglied beigetreten ist.

Sächliche Angelegenheiten.

Der Hausknechtspatagraph im Stadiparlament.

Auch ein Erfolg der kommunistischen Taktik.

Im Blauerer Stadiparlament führten die Kommunisten kürzlich unter Mitwirkung der Tribüne eine wilde Schimpfzene auf. Die bürgerliche Mehrheit — und sie wurde zum Teil durch die Rechtssozialisten unterstützt — benützte diese Gelegenheit, auf dem Wege einer Geschäftsordnungsänderung die Redefreiheit im Parlament zu strangulieren. Unser Blauerer Bruderblatt berichtet darüber:

Der gestern eingebrachte Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung bewies das. Die Redaktionen in der letzten Sitzung, herausbeschoren durch das provozierende Verhalten der Redner, dem eine wilde Schimpfmanade von der äußersten Linken und von der Tribüne antwortete, gab den Reaktionsären eine treffliche Gelegenheit, einige verrenkte Hausknechtspatagraphen in die Welt zu setzen. Sie gingen ja schon lange damit schwanzen. Dr. Goldberg als Berichterstatter leistete Bebauungsdienste. Die Sache machte ihm augenscheinlich viel Vergnügen. Über unser Genosse Schütz verlor er sich. Mit scharfen Worten griff er vor allen Dingen den Abfall an, der dem Vorknecht das Recht einräumt, einen Abgeordneten, der sich nach der Wortentziehung nicht fügen, mit Hilfe polizeilicher Gewalt aus der Sitzung zu entfernen, und der ebenfalls die Tribüne durch Schimpfente zu räumen erlaubt. Diese „Säuberungsaktion“ gegen die Diskussion wird durch einen gleichzeitigen Antrag begleitet, der

Hand zu Hand ging, von einer Hausfrau zur anderen, Sabbath nach Tisch die Gäste zu bewirten.

Also in diesem Soßknecht bin ich da erzogen worden mit schallenden Ohrfeigen, trockenen Prügelein, eisernen Rippenstößen, roten Funken vor den Augen, blauen Flecken auf dem Leib und einem hungrigen Magen dazu. Kein Ding, hören Sie, ist mir so in Erinnerung geblieben, wie der Hunger. Hungrig bin ich auf die Welt gekommen und Hunger habe ich gelitten, seit ich überhaupt zu Verstande kam. Hunger, Herzbrücken und fürchterliches Kriechen... Doch halt, Kienstuf, wissen Sie, was das ist Kienstuf? Das wächst auf den Bäumen, und die Musikanten benutzen es anstatt Kolophonum. Damit habe ich — Sie mögen es glauben oder nicht — fast einen ganzen Sommer gelebt. Das war der Sommer, wo mein Stiefvater, ein schlupfziger Schneider, mir einen Arm ausrenkte und mich aus meiner Mutter Hause warf und ich fortließ von Soßknechten nach Mitau. Hier, diese Hand, sehen Sie? — Es muß noch heute was davon zu sehen sein.

Und mein neuer Bekannter rückt den Kermel hoch und zeigt mir einen weichen, gesunden, prallen Arm und erzählt weiter: Hungrig, halbnaht, barfuß lungerte ich in Mitau herum, wälzte mich in allen Gassen, bis ich gottlob eine Stelle kriegete. Meine erste Stelle. Ich wurde Führer bei einem alten Vorbeter. Dieser Vorbeter war mal irgendwo ein berühmter Vorbeter gewesen. Im Alter war er blind geworden, auf beiden Augen, und mußte in die Häuser gehen. Da wurde ich also sein Führer. Die Stelle selber wäre nicht einmal so übel gewesen. Doch dem Alten seine Launen auszufahren, das ging über die Kraft. Niemals, hören Sie, war er zufrieden. Niemals. Fortwährend hatte er was zu brummen, kniff mich, rief mich fast das Nichts raus. Er sagte immer, daß ich ihn nicht dorthin führe, wohin ich sollte. Dorthin er geführt sein wollte, das weiß ich bis heute nicht. Ein threckscher, launenhafter Alter! Dazu brachte er mich noch auf eine Dinael! Er rühmte sich vor jedem — Sie mögen es glauben oder nicht — daß meine Eltern sich getauft hätten, und daß sie auch mich hatten taufen lassen und da habe er mich mit napper Not und unter großen Gefahren aus den Händen der Thriften gerettet. Und ich mußte solche Whantastien mit anhängen und nicht bester vor Lachen! Nein, nicht genug, er verlangte noch von mir, daß ich ein krummes Gesicht dazu ziehe.

(Fortsetzung folgt.)

Die oppositionellen Nationalglieder unter Vormundschaft stellt und die Rechte aus den Konventionen beständig mäßig.
Von den Demokraten regte sich keiner zur Verteidigung der angegriffenen demokratischen Bestimmungen. Der Demokrat Dr. Goldberg bestätigte vielmehr eindringlich, daß die beantragte Verfügung so anzufassen sei, daß der polizeiliche Eingriff auch für die widerrechtlichen Abgeordneten gelte.
Die Reichstagsmitglieder zeigten sich ihres Namens würdig und beschränkten in das reaktionäre Lager. In ihrer Spitze der Stadtverordnete Bauh, was half alles reden. Die Vorlage wurde von der Rechten durchgedrückt, selbst der unabhängige Abänderungsantrag wurde gegen die USP- und WAPD-Stimmen abgelehnt.
Die Geschichte des Blauner Stadtparlamentes ist um ein Ruhmesblatt reicher. Nun können die Polizeibeamten, die bis jetzt Treppenhaus, Eingänge und Korridore besetzt hatten und jeden aufrechtgehenden Menschen verließ an Unpolizeilich sehr bedenkliche Körpergegenstände greifen, in den Sitzungssaal einzutreten und auf den Wink des Vorsitzenden warten, um einen Redner der Opposition auf die Vorzüge der irischen Luft aufmerksam zu machen.
Eine andre Seite aber hat die Geschichte noch: Ist nicht diese durch die wilden Brüller einiger Kommunisten ermöglichte reaktionäre Maßnahme eine Wiederholung im kleinen anderer Lehren die von sich reden gemachter Vorgänge? Wie hieß es doch... Schrittmacher der Reaktion?

Ein Protest der Polizeibeamten.

In einer Protestversammlung des Verbandes sächsischer Polizeibeamter, Ortsgruppe Borna, verlas der Referent, Schmeizer, Leipzig, die vier Drucksätze umfassenden Beschlüsse der Zwischenkommission Nord-Süd, woraus deutlich hervorgeht, daß man die letzten subventionierten Polizei alles ande, bloß keine Polizei im Sinne des Wortes machen will. Nach diesem Entwurf würde die grüne Polizei zu einem Reichswehrapparat zweiten Aufgebots umgestaltet werden. Die Bewerber sollen sich auf zwölf Jahre verpflichten, ohne Anspruch auf Beamtenstellung und Beamtenrecht zu erlangen. Die Dienststelle hat jederzeit Kündigungsrecht, ohne Angabe von Gründen. Sofortige Entlassung kann bei Verfehlungen erfolgen, Berufung bleibt ausgeschlossen. Einkunftsalter: 18. bis 24. Jahr. Eingestrichen, die am 1. April 1920 das 35. Lebensjahr überschritten, ist bis Ende 1921 zu kündigen. Bekleidung, Verpflegung, Bekleidung, Verteilung von Unterführungen, und als Gegenleistung auch die ermäßigten Fahrkarten bei Urlaubsreisen, sind nach den Grundsätzen der Reichswehr vorzusehen. Die Mitwirkung von sogenannten Vertrauensauschüssen oder Beamtenauschüssen ist vorzuziehen. Die Regelung des Gruppenverhältnisses zwischen Polizei und Reichswehr soll in die Hand der Beamten gegeben werden. Das Konventionsrecht wird wie folgt außer Kraft gesetzt: Verbot der Verbindung mit einer Partei die auf nicht gesetzmäßigem Wege die Verfassung ändern will. (Welche? APD., Dregisch oder je nach Bedarf?) Verbot der parteipolitischen Betätigung innerhalb des Dienstbereichs; eingeschränkter Dienst im weitesten Sinne, Unterkünfte, Dienstgebäude etc. Beschränkung der Koalitionsfreiheit auf das wirtschaftliche Gebiet.
— Die den Polizeibeamten hier zugewandte Entschädigung und Degradierung zu Staatsbürgern zweiter Klasse muß mit aller Entschiedenheit abgelehnt werden. Wir wollen nicht nach zwölfjähriger Dienstzeit als Beihilfsträger in den Arbeitsmarkt eintreten als Lohnabhängiger, oder als „Landarbeiter“ landen. Wir übernehmen, unter Einwirkung unserer Kraft, gegebenenfalls auch unseres Lebens, alle Pflichten eines Beamten, müssen aber dafür auch nachdrücklich die Beamtenrechte fordern.
— Folgende Resolution wurde gegen eine Stimme angenommen: „Die am 5. April 1921 in Borna (Schweizerhaus) fauchenden Polizeibeamten der Nachtruppe Saps stimmen bei dem Reichsvertreter der Polizeibeamten Deutschlands, in Borna anwesenden Entschädigung zu und fordern den Verband sächsischer Polizeibeamter auf, alle Schritte zu unternehmen, um die von der Zwischenkommission Nord und Süd vorgeschlagenen Richtlinien nicht zur Wirklichkeit werden zu lassen.“
Entschädigung Berlin: „Die verlassenen Polizeibeamten der alten und neuen Polizei erheben entsetzten Protest gegen die Beschlüsse der von den Landesregierungen eingesetzten Zwischenkommission Nord und Süd zur Neuordnung der Polizei. Die Teilnehmer der Versammlung bebauern außerordentlich, daß die Vertreter des zum Schutze der Verfassung berufenen sächsischen Ministerium des Innern an Beschlüssen mitgewirkt haben, bei denen die Reichsverfassung nicht nur unbeschadet geblieben ist, sondern sogar eine große Zahl von Staatsbürgern ihrer wichtigsten verfassungsmäßigen Rechte enteignet worden sind. Die Beschlüsse mochten der von Reichs wegen subventionierten Polizei die Erfüllung der wirklichen Polizeiaufgaben unmöglich und verweigern den Beamten dieser Polizeitruppe die ihnen wiederholt zugesicherte Staatsdienerstellung. Darüber hinaus entziehen die Beschlüsse durch die beschlossene Beschränkung des Koalitionsrechts und Versammlungsrechts die gesamte Polizeimannschaft Deutschlands in staatsbürgerlicher Hinsicht und stellen sie von vornherein außerhalb des neu zu schaffenden Beamtenrechts. Der Polizei sind infolge der wirtschaftlichen Notlage unseres Volkes zur Schuna des Reichsbewusstseins, zur Sicherung der Staatsautorität und zum Schutze der verfassungsmäßigen Realisierung so hohe Aufgaben gestellt, die sie nur dann lösen kann, wenn sie in ihrer innern und äußeren Organisation, unter Ausnutzung jeder Parteipolitik, ausschließlich auf verfassungsmäßiger Grundlage aufbaut wird. Die Versammlung betrachtet es daher als ihre vornehmste Aufgabe, die Öffentlichkeit, die geschiedenen Körperlichkeiten und die Vertreter der Regierungen auf die außerordentlichen Gefahren hinzuweisen, die dem deutschen Volke und dem gesamten Staatswesen drohen, wenn der verfassungsmäßige Boden durch Ausschaltung der Polizeibeamtenschaft aus dem Berufsbeamtenstand verlassen wird. Die Polizeibeamten fordern die Schaffung einer wirklichen, auf sächsischen Grundsätzen aufzubauenden Polizei, die allein den tatsächlichen Bedürfnissen zu entsprechen vermag. Ein solcher Aufbau ist nur möglich unter Zuziehung der Berufsorganisationen, die die Berufserfahrungen in sich vereinen. Diese wollen die Polizeibeamten in den Dienst der Gesamtheit unseres Volkes stellen und mitwirken an dem Aufbau einer Polizei, für die als Leitwort gilt: Mit dem Volk, für das Volk.“

Sächsische Beamte zur Besoldungsfrage.

Die Landesgruppe Sachsen des Deutschen Beamtenbundes nahm auf ihrer Tagung in Dresden folgende Entscheidung an: Die Landesgruppe des Deutschen Beamtenbundes verweist die Klassen-Einteilung. Durch eine alsbald vorzunehmende Revision des Besoldungsgesetzes sind die Klassen D und E zu beseitigen, daneben ist die jetzige Spanna zwischen den einzelnen Sätzen des Ortszuschlages zu verringern. Bis zur Durchführung der angeführten Maßnahmen hat mit größter Beschleunigung eine der wirtschaftlichen Struktur des Landes gerechte Einziehung der sächsischen Orte zu erfolgen. Als Mindestgrenze für die Einziehung hat der von sächsischen Regierung im Januar dem Statistischen Reichsanwalt überreichte Vorschlag zu gelten. Gegen die vom Reichsfinanzminister gegenüber diesem Vorschlag eingenommene ablehnende Haltung erhebt die Landesgruppe sächsischen Protest

Sie fordert mit aller Entschiedenheit, daß für die Einziehung der sächsischen Orte das Urteil der sächsischen Verhältnisse kennenden Stellen ausschlaggebend ist, dem Reichsfinanzminister muß ein maßgebendes Urteil in dieser Beziehung abgeprochen werden. Von der sächsischen Regierung wird erwartet, daß sie bei den Berliner Verhandlungen unbedingt an ihrem ersten Vorschlag festhält und jeden Versuch einer Benachteiligung der sächsischen Beamten energisch bekämpft. In Bezug auf den Teuerungszuschlag lehnt die Landesgruppe Sachsen nach wie vor die Staffelung des Teuerungszuschlages (Ausgleichszuschlag) nach Ortsklassen ab. Sie fordert für die gleiche Leistung gleiche Bezüge. Jedem Beamten ist mindestens das Existenzminimum zu gewähren. Die Teuerungszuschläge sind durch Erhöhung des Grundlohales auf ein unumkehrbares notwendiges Maß zurückzuführen und den Beamten in Stadt und Land wie früher prozentual in gleicher Höhe zu gewähren. Von der sächsischen Regierung erwartet die Landesgruppe Sachsen, daß sie ihren Einfluß bei der Reichsregierung in diesem Sinne nachdrücklich geltend macht.

Die Verwaltung der sächsischen Kalkwerke.

Zur Verwaltung und Leitung der staatlichen Kalkwerke in Sachsen ist am 1. April eine besondere Zentralstelle unter der Bezeichnung „Oberleitung der staatlichen Kalkwerke in Dresden“ errichtet worden. Sie vertritt den sächsischen Staat in allen die staatlichen Kalkwerke betreffenden Angelegenheiten gerichtlich und außergerichtlich.

Beteiligung der Gewerkschaften an der staatlichen Gewerbeaufsicht.

Wie uns aus Dresden gemeldet wird, fand im Arbeitsministerium eine Konferenz der Regierung mit Arbeitervertretern aus acht Sachsen über die Frage statt, inwieweit es angängig sei, auch die Vorstände der Gewerbeaufsichtämter aus den Kreisen der Gewerkschaften zu entnehmen. In der Aussprache wurde anerkannt, daß die bisher aus den Kreisen der Arbeiter entnommenen technischen, sowie die weiblichen Hilfsbeamten sich gut bewährt hätten. Die Arbeiter wünschten, daß die gesamte Gewerbeaufsicht in allen ihren Teilen mit gewerkschaftlich organisierten Arbeitern aller Richtungen durchsetzt würden. Damit erklärte sich der Arbeitsminister Jaelde im wesentlichen einverstanden. Andere Wünsche können jedoch wegen der Finanzlage nicht erfüllt werden. Die Regierung hat aber die Einstellung dreier weiterer Hilfskräfte beantragt. Die Entscheidung über den Wunsch der Arbeiter auf Ausdehnung des Aufgabenspektrums der Hilfsbeamten auch auf andere Betriebe und auf genauere Festlegung ihrer Befugnisse behält sich der Minister vor. Ferner sagte er zu, in einer neuen Verordnung die Beamten nochmals auf ihre Pflicht hinweisen zu lassen, zu Betriebsrevisoren die Betriebsräte hinzuzuziehen. Auch sollten die Beamtinnen verpflichtet werden, mit den Arbeiterkommissionen und den weiblichen Vertrauenspersonen im Lande direkte Verbindungen zu pflegen.

Chemnitz. Im Stadtverordnetenrat kam es bei Beratung eines kommunistischen Antrags in später Nachstunde zu Vorkämen. Der Kommunist Hausding begründete den Antrag, der fordert, daß den in den Betrieben Gemahregelten die Arbeitslosenunterstützung ohne Einhaltung der vorgeschriebenen Wartzeit von vier Wochen ausgezahlt werde. Als die Kommunisten von der Rechten scharf angegriffen wurden, die die Forderung ablehnte, rief Hausding: Dann werden wir in der nächsten Zeit bei Ihnen eintreffen. In der weiteren Debatte, in der von den sozialdemokratischen Abgeordneten den Kommunisten gesagt wurde, daß auf Befehl Moskaus gehegt und zu Verbrechen geschürt würde, wuchs der Lärm auf den Tribünen zum Tumult. Die Mehrheitssozialisten und Kommunisten gerieten sich in die Haare, so daß sich zum Handgemein nicht viel schickte. Der Antrag der Kommunisten wurde nachts 1 Uhr unter dem Lärm der Tribünenbesucher gegen die 7 Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

Hauen i. N. Die Stadtverordneten bewilligten zur vorläufigen Welterhöhung des Stadttheaters für die Spielzeit 1921 bis 1922 bis 30. April 1922 einen Zuschuß in Höhe von 300 000 Mark (den vorausgeschickten Festbetrag) und für das Welterbestehen der Stadtkapelle 250 000 Mk. Für die Kosten der Ersterberichtigung oberhalb der Stadt, in der Nähe der Bogeländischen Maschinenfabrik (oberer Aue) macht sich die Nachbewilligung von nicht weniger als 1 277 000 Mk. erforderlich (insgesamt sind 4 723 000 Mk. gebraucht worden), und für Bodenentwässerung auf einem Teile des ehemaligen Flugplatzes in der Nähe des früheren Exerzierplatzes unserer Garnison müssen 200 000 Mk. ausgegeben werden, um das Gelände für landwirtschaftliche Zwecke nutzbar zu machen.

Huerbach. Der Stadtrat genehmigte in der letzten Stadtverordnetenversammlung einen Vorschlag des Stadtbauamtes betr. Ausführung von neuen Kantonsarbeiten. Vorgesehen sind acht verschiedene Arbeiten, hauptsächlich Straßenausbauten und -beschleunigungen. Die Gesamtkosten dafür betragen 4 372 000 Mk. Der zu erwartende Zuschuß aus der Erwerbslosenfürsorge beträgt 1 208 200 Mk. Es kommen 39 600 Arbeitslose in Frage, so daß rund 200 Arbeiter während acht Monaten Beschäftigung finden. — In der Bezugsauschussung äußerte sich Regierungsaffessor Dr. Richter betr. Karloffbezugsangelegenheit dahin, daß dem Kommunalverband insgesamt ein Schaden von 578 576 Mk. entstanden ist.

Frankenberg. Beim Stadtrat wurde eine Meldestelle für Veranstaltungen von Vereinsversammlungen, Versammlungen, Konzerten, Vorträgen usw. eingerichtet. Durch diese Einrichtung soll das Zusammenfallen mehrerer größerer Veranstaltungen an einem Tage vermieden werden.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Folgen.

Einstellungsbedingungen bei den Deunawerken.
Die Hauptverwaltung der Deunawerke hat eine neue Arbeitsordnung erlassen, mit der erreicht werden soll, daß ähnliche Vorkommnisse, wie die der letzten Zeit, sich nicht wiederholen können. Die Arbeitsordnung zeigt mit brutaler Deutlichkeit, wofür Geschäfte die Kommunisten mit ihrem Wulst besorgt haben.
Wir geben die wichtigsten Bestimmungen der neuen Arbeitsordnung kurz wieder, um zu zeigen, auf was es die Werksleitung abgesehen hat. Vorher sei bemerkt, daß die Einstellung von Arbeitern nur dann erfolgt, wenn sie sich schriftlich mit den 14 aufgestellten Punkten einverstanden erklären.
Jeder, der durch die Fabrikorte ein und aus geht, oder auf der Baustelle außerhalb des Wertes beschäftigt ist, hat sich der Kontrolle durch die Führer zu unterziehen und in verdächtigen Fällen sich durchsuchen zu lassen. Das Mitnehmen auch der kleinsten und scheinbar wertlosen Sachen wird als Diebstahl betrachtet und zieht sofortige Entlassung nach sich. Das Mitführen von Rucksäcken ist verboten. Während der Arbeitszeit sind Versammlungen grundsätzlich verboten. Ueberstunden sind im Rahmen der gesetzlichen und tariflichen Bestimmungen zu leisten. Afford- und Prämienarbeit wird dort, wo es möglich ist, sofort ein-

geführt. Während der Arbeitszeit und innerhalb der Betriebe ist unterlag: a) das Sammeln von Geldern, gleichgültig zu welchem Zweck; b) jede politische und andre Betätigung, die nicht mit der Arbeit zusammenhängt; c) jede Verteilung von Flugblättern, Zeitungen usw. Die Sitzungen der Betriebs- oder der Gruppenräte dürfen nur außerhalb der Arbeitszeit stattfinden. Die Vertrauensleute haben angedeutet die ihnen jederzeit ausdrücklich auf Widerruf eingeräumten Befugnisse vielfach überschritten. Diese Befugnisse werden daher zurückgezogen. Für die Vertrauensleute gelten die gleichen Bestimmungen wie für die übrigen Arbeiter.
Von der Wiedererrichtung ausgeschlossen sind nun vornehmlich: a) in der Regel alle Arbeiter unter 25 Jahren; b) sämtliche Mitglieder des Aktionsausschusses; c) alle, die sich Uebertritte gegen Personen und Eigentum des Wertes oder der Bau- und Montage-Firmen haben ausüben können lassen, sowie d) diejenigen, die schon vor dem Streik sich gegen die Ordnung in den Betrieben aufgelehnt haben.

Die sozialistisch und gewerkschaftlich geschulte Arbeiterschaft betrachtet es als eine Selbstverständlichkeit, daß in jedem Betrieb eine straffe Arbeitsdisziplin herrschen muß und daß sich der einzelne von allen Eingriffen in die Eigentumsverhältnisse zu enthalten hat. Ohne diese Voraussetzungen ist ein moderner Betrieb überhaupt nicht im Gang zu halten. Dabei ist es völlig gleichgültig, ob es sich um ein kapitalistisches Unternehmen handelt oder um einen sozialisierten Betrieb. Auch ein Arbeiterunternehmen, wie A. B. ein großer Konsumverein, muß von seinen Angestellten und Arbeitern verlangen, daß sie voll ihre Pflicht erfüllen und das Eigentum anderer achten. Die durch die Schule der Gewerkschaften und der sozialistischen Parteien gegangenen Angestellten und Arbeiter haben auch immer nach dieser Erkenntnis gehandelt, bei einem Teil jüngerer Leute aber, die, noch halb Kind ins Meer gesteckt, dieser Schulung nicht teilhaftig werden konnten, ist teilweise auch die Lehre der Kommunisten falsch verstanden, ist tiefere Anschauung selber noch nicht Allgemeingut geworden.

Die Leitung des Deunawerkes verfuhr nun, durch Eingriffe von oben die notwendige Ordnung zu schaffen. Sie tut dies in einer für die Arbeiterschaft unbilligen und beleidigenden Weise, die der Willkür brutaler Vorgesetzter Tür und Tor öffnet. Dabei benutzt die Werksleitung die durch den Kommunismus momentanen eingetretenen Schwächung der Arbeiterklasse dazu, auch solche gewerkschaftliche Errungenschaften zu beschließen, die mit der Wahrung der Arbeitsdisziplin gar nichts zu tun haben. Das grundsätzliche Verbot von Besetzungsumstellungen während der Arbeitszeit, der Zwang, Ueberstunden und Affordarbeit zu leisten, die Anordnung, daß die Sitzungen der Betriebs- und Gruppenräte nur außerhalb der Arbeitszeit stattfinden dürfen, zeigen, daß es den Leitern des Wertes vor allen Dingen darauf ankommt: die Arbeitsbedingungen der Belegschaft zu verschlechtern und diese zu willkürlichen Werkzeugen ihres Profitstrebens zu machen.

Es ist die Menschenwürde der kommunistischen Führer, durch ihre Anstößigen Vorkommnisse den Bestrebungen der Kapitalisten einen Schein in der Berechtigung verleihen und die Wege geebnet zu haben. Die Arbeiterschaft hat jetzt die Folgen der verfehlten Politik der Kommunistenführer zu tragen. Es wird schwerer Kämpfe bedürfen, um die Ansprüche auf die gewerkschaftlichen Errungenschaften abzuwehren.

Zeugniszwangsverfahren gegen einen Gewerkschaftsbeamten.

Wohl fast die gesamte Öffentlichkeit ist darüber einig, daß die Anwendung des Zeugniszwangsverfahrens gegen einen Redakteur dringend bestritten werden muß, weil der Redakteur A. B. ebenso wie der Arzt sein Berufsgeheimnis wahren muß. Leider ist in der Zeit seit der politischen Umwälzung noch nichts zur Reform des Zeugniszwangsverfahrens getan worden. So ist aber bezeichnend für den Geist, der gegenwärtig in unserer Rechtsprechung herrscht, daß das Zeugniszwangsverfahren jetzt auch gegen Gewerkschaftsbeamte angewendet werden soll, um sie zu zwingen, die ihnen von den Mitgliedern anvertrauten Vorkommnisse preiszugeben. Ein solches Zeugniszwangsverfahren ist gegenwärtig gegen einen Beamten des Bundes der technischen Angestellten und Beamten angewendet worden. Die genannte Organisation hatte eine Denkschrift verfaßt, in denen die Neuorganisation des Vermessungswesens gefordert wurde. Die sachverständigen Ausführungen hatten zur Folge, daß ihnen nicht etwa Rechnung getragen wurde, sondern daß die an der Erhaltung der rückschrittlichen Zustände interessierten Kreise nachforschten, welche Beamten etwaiges Material für diese Denkschrift geliefert hätten. Der Verband richtete sich in der Hauptsache gegen einen Beamten der Landesaufnahme. Es wurde deshalb gegen ihn ein Disziplinarverfahren eingeleitet und ein Gewerkschaftsbeamter des Bundes der technischen Angestellten und Beamten als Zeuge geladen. Selbstverständlich verweigerte der Beamte jedes Zeugnis mit der Begründung, daß eine Aussage über die Herkunft der Unterlagen einen Vertrauensbruch der Organisation gegenüber ihren Mitgliedern bedeuten würde. Der Verweigerung der Zeugnisaussage folgte sofort die Verurteilung des Zeugen mit 300 Mk. Geldstrafe oder 30 Tagen Haft, sowie die Beurteilung zur Tragung der verursachten Kosten.

Gegen dieses Vorgehen ist selbstverständlich sofort Beschwerde eingelegt worden. Aber auch in der Öffentlichkeit muß mit allem Nachdruck gegen ein derartiges Vorgehen Protest eingelegt werden, das von einer vollkommenen Verneinung der Aufgaben eines Gewerkschaftsbeamten zeugt.

Zum Streit im Rauchhammerwert

werden von der bürgerlichen Presse treffende Nachrichten verbreitet. So sollen die Streikenden alles demoliert und die Schalter aus dem Elektrizitätswerk herausgerissen haben. Deshalb hätte die Technische Nothilfe eingeleitet werden müssen. — Alle diese Meldungen sind Schwindel. Die 1200 Mann starke Belegschaft ist am 23. März in den Streik getreten, weil alle Verträge, eine kleine Lohnerhöhung zu erreichen, verweigert waren und weil Schiedsentscheidungen von der Werksleitung nicht erfüllt, diese aber auch nicht als rechtsverbindlich erklärt wurden. Die Arbeiterschaft dieses Betriebes hat mit Einverständnis der Angestellten sich bereit erklärt, die Notstandsarbeiten selbst auszuführen und dieses ist auch strikte durchgeführt worden. Die Direktion machte durch Anschlag bekannt, wenn die Belegschaft der Zentrale die Arbeit zu den bisherigen Bedingungen bis Montag nicht aufgenommen hat, ist sie striktlos entlassen. Die gesamte Arbeiterschaft hat einstimmig dieses Ansuchen abgelehnt. Bedauerlicherweise haben sich einige Angestellte des Kleiner Eisenwerks gefunden, den kämpfenden Arbeitern in den Rücken zu fallen, so daß Arbeiter, die zu Notstandsarbeiten beordert wurden, aus den Betrieben entfernt wurden. Aber all dieses Gehäres wird die Streikenden nicht veranlassen, von ihren gerechten Forderungen abzugeben. Die gesamte organisierte Arbeiterschaft wird gebeten, die Streikenden dadurch zu unterstützen, daß sie den Zugang nach Rauchhammer streng fernhält.

Ein Kongreß des internationalen Transportarbeiterbundes wird in Genf vom 18. bis 25. April stattfinden. Folgende Staaten werden vertreten sein: Deutschland, Dänemark, Holland, Oesterreich, Belgien, Schweden, Frankreich, Norwegen, England und die Schweiz.

Arbeiter! Werbt neue Volkszeitungsleser.

Engelsdorfer Industriewerke m. b. H.
(Hinter der Maschinenfabrik Schlege in Paunsdorf gelegen) verkaufen billig ab Lager:
Wierant-Sägen in versch. Abmessungen, Garten-Sägen, Raubholz u. Latzen, Wohnkesseln, Ofen, Pfeifen, Böhlen, 14 Mk. pr. Zentner
Wierant-Sägen in versch. Abmessungen, Garten-Sägen, Raubholz u. Latzen, Wohnkesseln, Ofen, Pfeifen, Böhlen, 14 Mk. pr. Zentner

ASTHMA
kann gebilligt werden. Spezialisten in Leipzig, Mittelstraße 10a, I. jeden Sonntagabend von 9 bis 12 Uhr.
Dr. med. Alberts
Spezialarzt, Berlin SW 11

Unsere lieben Eltern
EMIL RICHTER und FRAU
zur Feier ihrer heiligen Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche
EURE KINDER
Leipzig-Leutzsch — Stockholm (Schweden)

Für die vielen Beweise herzlichster Anteilnahme und zahlreicher Blumensträuße bei dem Tode meines unvergessenen Mannes, Herrn **Gotthold Bäcker**, sage ich hierdurch meinen aufrichtigsten Dank. Besonderen Dank meinen lieben Kollegen der Firma Julius Bäcker für Kranz- und Geldspenden sowie das letzte Geleit.
L. Schleich, den 10. April 1921.
Friederike verw. Bäcker im Namen aller Hinterbliebenen.

